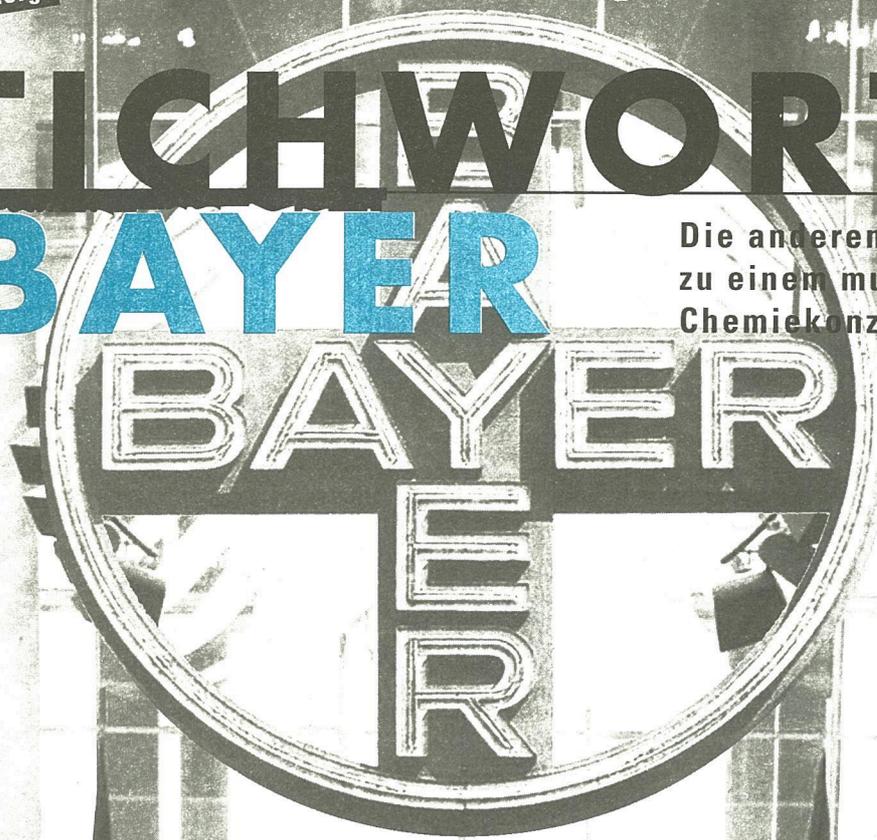


STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern



Nr. 1/2005 23. Jahrgang



TITEL:

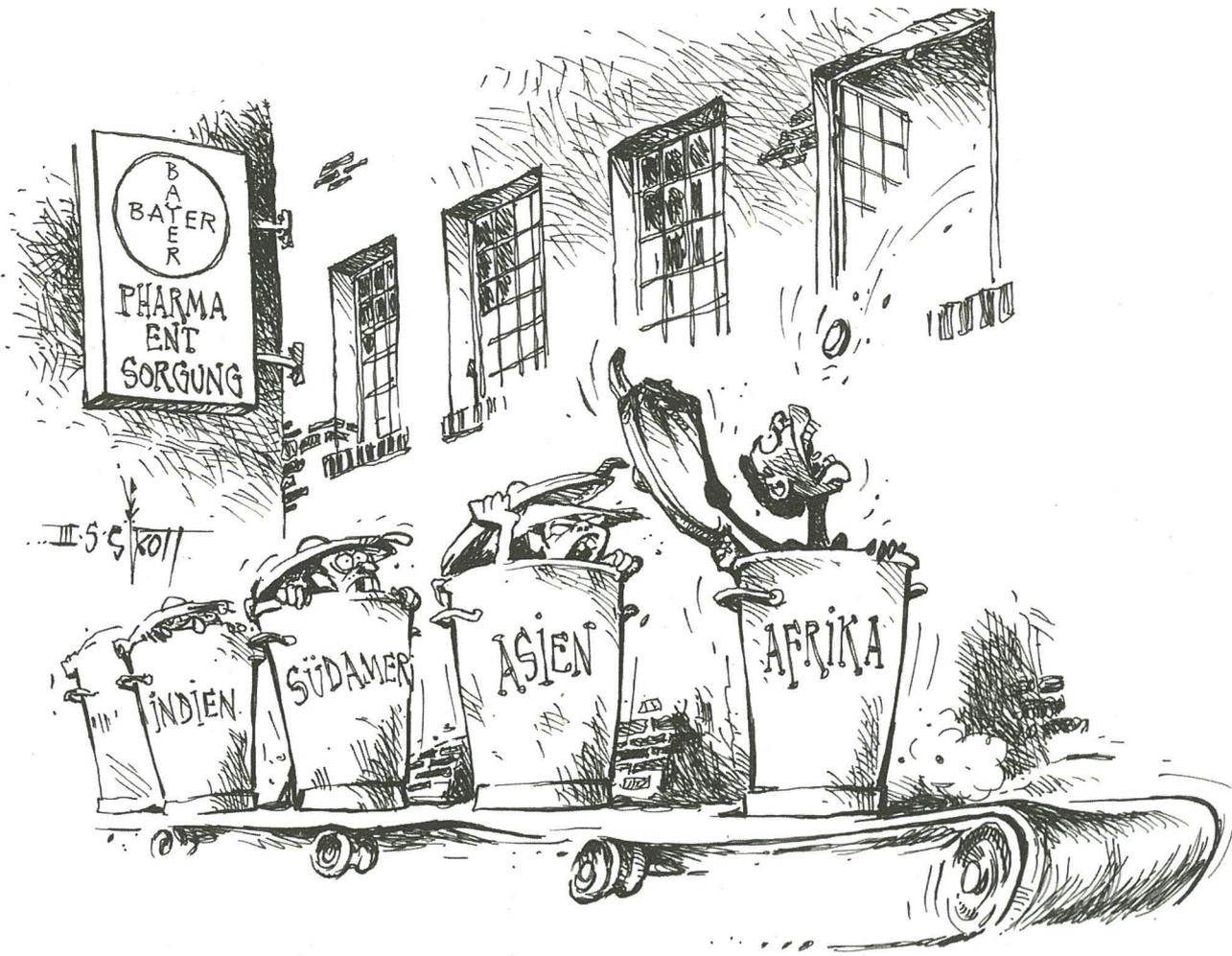
Abgeordnete in BAYER-Diensten

WEITERE THEMEN:

- Profit mit Pharmamüll
- BAYER-Chemikalien schädigen Hirn
- Irak: Das Feld ist bestellt
- BAYER und die Fußball-WM

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V.





Müllschlucker

Nachdruck honorarpflichtig

Inhalt

- 4 **Die BAYER-PolitikerInnen**
Abgeordnete in Konzern-Diensten
 - 8 **BAYER-Chemikalien schädigen Hirn**
Neue Studienergebnisse aus Japan
 - 10 **Irak: Das Feld ist bestellt**
Agrar-Politik für BAYER & Co
 - 14 **Infarkt-Gefahr durch BAYER-Arznei**
FDA warnt vor Schmerzmitteln
 - 16 **BAYERs Frau in Berlin**
Pharma-Lobbyistin Cornelia Yzer
 - 24 **BAYER vs. Nelson Mandela**
Wie die WM 2006 nach Deutschland kam
 - 26 **Profit mit Pharmamüll in der „3. Welt“**
Bittere PillenExporte
- Rubriken
- 5 **Echo**
 - 7 **O-Ton BAYER**
 - 28 **CBG bei der Arbeit**
 - 30 **Promis gegen Profite**
 - 32 **Au weia, BAYER**
- Dokumentation:**
christliche Globalisierungskritik

Liebe Leserinnen und Leser,



Christof Potthof ist im GEN-ETHISCHEN NETZWERK
(www.gen-ethisches-netzwerk.de) aktiv

der erste Teil des Gentechnik-Gesetzes ist Anfang Januar in Kraft getreten. Er beinhaltet gute und wichtige Teile zum Beispiel betreffs der Transparenz und der Haftung, auch wenn Verbesserungen - etwa im Naturschutz - nötig sind. Trotzdem muss klar sein, dass damit der Anbau gentechnisch veränderter Sorten in Deutschland - zumindest theoretisch - deutlich näher rückt. Vielleicht schon in diesem Jahr werden gentechnisch veränderte Pflanzen aus kommerziellen Gründen auf die Felder gebracht, was natürlich nicht in unserem Interesse liegen kann. Seit Monaten läuft intensivstes Lobbying. Gerade das Torpedieren der Haftungsregeln des neuen Gesetzes, die sich klar am Verursacher-Prinzip orientieren, zeigte die Strategie der Industrie: Auf der einen Seite wird immer wieder versichert, die Koexistenz der Gentechnik mit konventionellem oder ökologischem Anbau sei kein Problem. Gleichzeitig wird aber darauf insistiert, allzu strenge Haftungsregeln in Sachen Verunreinigung würden die LandwirtInnen vom Anbau der Gentech-Sorten abhalten und die Weiterentwicklung der Technologie in Deutschland verhindern. Auch die BAYER-Konzernspitze stößt in dieses Horn, so zum Beispiel Forschungsvorstand Bernward Garthoff. „Mit diesem Gesetz ist die Chance vertan worden,

zukunftsgerichtete Rahmenbedingungen für die Pflanzen-Biotechnologie in Deutschland zu schaffen. Das ist ein negatives Signal für den Forschungsstandort Deutschland“, lautete sein Kommentar. Eine klar doppelzüngige Argumentation mit dem Ziel, der Allgemeinheit die Kosten der Risiko-Technologie aufs Auge zu drücken. Die soll über Steuergelder an einem möglicherweise einzurichtenden Haftungsfonds beteiligt werden, eine Haftungsübernahme durch die Industrie für Schäden zum Beispiel durch Verunreinigung von Produkten mit gen-manipulierten Organismen wird derzeit nicht mehr diskutiert. In einem nächsten Schritt werden weitere Konkretisierungen des Gesetzes ausgearbeitet, welche die so genannte Koexistenz mit den bisherigen Anbauformen gewährleisten sollen. Zweifel sind angebracht, ob dies in der Praxis funktioniert. In Deutschland und international sind bereits viele Verunreinigungsfälle bekannt geworden.

Weltweit schlägt den Konzernen Protest entgegen. Das zurückliegende Jahr 2004 war - international - geprägt durch eine Reihe von Rückzügen globaler Konzerne der Biotech-Branche aus ausgewählten Märkten mit gentechnisch veränderten Pflanzen. Den Anfang machte MONSANTO, andere Unternehmen folg-

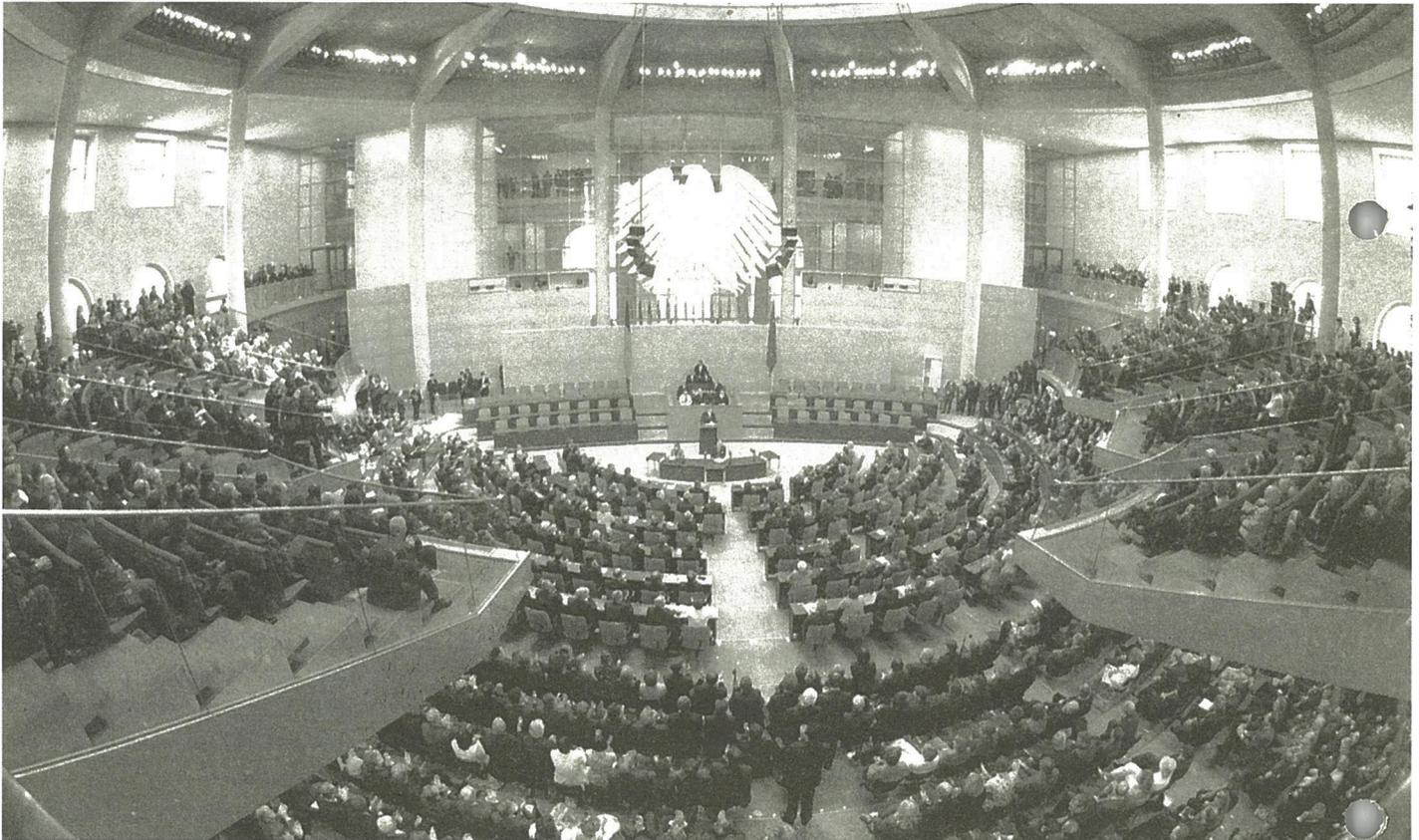
ten, so zum Beispiel SYNGENTA und auch BAYER. Der Konzern kündigte gleich dreierlei an: Einerseits gab er seine Gentechnik-Forschungsaktivitäten in Großbritannien auf. Darüber hinaus stoppte der Multi die Kommerzialisierung von gentechnisch verändertem Raps in Australien und zu guter Letzt gab ein Konzern-Sprecher bekannt, die Projekte mit transgenen Pflanzen in Indien seien ausgesetzt worden. BAYER werde sich dort auf die konventionelle Züchtung konzentrieren.

Die Rückzugsankündigungen können als Erfolge des Protestes gewertet werden. Doch muss man diese Änderungen von Konzern-Strategien mit Vorsicht genießen. Sie gründen nicht auf der späten Einsicht, dass die Gentechnik in der Landwirtschaft überflüssig ist. Der Glaube an die Wunder der neuen Technologie ist ungebrochen. Vielmehr verhalten sich die Global Player schlicht opportunistisch, um - so liegt der Verdacht nahe - ihren Namen vor allzu schlechter Presse zu schützen. Für die NGOs kann dies nur heißen: Watch Out!

Christof Potthof

Abgeordnete in Konzern-Diensten

Die BAYER-PolitikerInnen



Der Fall „Arentz“ machte den Anfang, dann folgte der Fall „Meyer“ und anschließend sickerten immer mehr Informationen über MandatsträgerInnen durch, die weniger VertreterInnen des Volkes denn der Konzerne waren, auf deren Gehaltslisten sie standen. Auch BAYER hat so einige PolitikerInnen in den eigenen Reihen.

Von Jan Pehrke

Im Jahr 2003 berichteten die Zeitungen über einen Besuch des CDU-Landtagsabgeordneten Karl Kress bei BAYER. Nach den Presse-Darstellungen beeindruckten den Politiker die Klagen des Konzerns über das Chemikalien-Gesetz der EU (1) so sehr, dass er sie unbedingt auch seinen KollegInnen zu Gehör bringen wollte. Er stellte den Kontakt zu EU-Parlamentarier-

Innen her, die sich dann aus dem Munde des BAYER-Managers Dr. Wolfgang Große Entrup einen Vortrag zum Thema anhören konnten. Was die JournalistInnen nicht wussten: Karl Kress war per Arbeitsvertrag an den Chemie-Multi gebunden - das kam erst im Zuge des Skandals um Meyer & Co. heraus. So erschien es den LeserInnen damals, als ob sich ein nur seinem

Gewissen verpflichteter CDUler bei einem Zusammentreffen mit einem Industrie-Vertreter eine Meinung gebildet und diese dann zur Grundlage seines politischen Handelns gemacht hätte. Und dieser Eindruck ist für BAYER Gold wert. Karl Kress war Labor-Leiter bei BAYER-Faser und lässt sein Beschäftigungsverhältnis seit 2002 mit der passiven Phase



Karl Kress

der Altersteilzeit ausklingen. Der Doppelverdiener kommt so auf ein Monatslöhne von 7.855 Euro brutto - 4.805 Euro Diäten und 3050 Euro von BAYER. Im Landtag ist Kress anscheinend so eine Art Schläfer für den Pharma-Riesen. „Ein sonst eher schweigsamer Vertreter blühte auf, als es um die Interessen seines Arbeitgebers ging“, beschreibt die Financial Times Deutschland seine Arbeitsauffassung. Das war selbstverständlich beim Gesetz zum Emissionshandel der Fall. Die EU-Regelung, BAYER & Co. für einen Schadstoff-Ausstoß über eine bestimmten Richtgröße hinaus zur Kasse zu bitten,



Ursula Lietz

trieb den Hinterbänkler zum Redner-Pult. „Herr Minister Schartau hat Recht, wenn er sagt: Dieser Plan ist nicht akzeptabel und überfordert die Industrie“, hob er an und kritisierte im Folgenden die „unnötige Verschärfung der Reduktionsverpflichtungen“. Seiner Ansicht nach bürdet die Politik den Konzernen eh schon genug auf. „Die Unternehmen kommen doch heute kaum noch mit den staatlich verordneten Abgaben zurecht“, klagte Kress. Bei solchen oder anderen Gelegenheiten ist er um Beispiele für derartige Lasten selten verlegen. „BAYER allein muss eine Million Euro pro Jahr für die Einleitung von wie-

Echo

P.G.: Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre -leider- sehr notwendige Arbeit und wünsche Ihnen im Namen der Menschheit viel Erfolg für all Ihre Projekte.

B.L., Spanien: Thanks and congratulations for the great job you are doing. L.T., Friesenheim: Vielen Dank und alles Gute für eure Arbeit, man kann sie gar nicht genug loben. Ich gebe alle Infos immer fleißig weiter, an ChemielehrerInnen u.a....

M.R. (als Antwort auf die Ankündigung von BAYER, in Indien auf die Aussaat gentechnischer Pflanzen zu verzichten): „Das ist doch ein unglaublicher Erfolg Eurer Kampagne und der kritischen Verbraucher! Herzlichen Glückwunsch!“

T.M., Greenpeace Australia: „I've told lots of people about you and I've spread the word to our email list around the country. Keep up the great work!“

A.W., Belgien: Merci infiniment pour cet excellent matériel!

An alle AbonnentInnen

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen,
- desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen
- Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft

Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coordination
gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18,
40081 Düsseldorf
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Bank: _____

BLZ: _____ Kontonummer: _____

Datum/Unterschrift _____ Alter: _____

Coupon!

deraufbereitetem Kühlwasser in den Rhein zahlen, für BP sind es 600.000 Euro“, mit diesen Worten kritisierte der Landtagsabgeordnete etwa das Wasserrücknahme-Entgeltgesetz.

Als Näheres über sein Arbeitsleben an die Öffentlichkeit drang, war Kress sich keiner Schuld bewusst. Er habe doch nur Fachwissen betreffs des Chemie-Standortes Dormagen in die politische Diskussion eingebracht“, bekundete er scheinheilig. Dieses Fachwissen steuert auch Ursula Lietz bei, die 1972 als wissenschaftliche Assistentin in BAYERS Wuppertaler Pharmaforschungszentrum anfang. Seit sie 1983 in die CDU eintrat, hatte sie die verschiedensten politischen Ämter inne. Sie saß im Wuppertaler Stadtrat und stand dort lange der CDU-Fraktion vor. Lietz gehört ebenfalls dem Kreisvorstand der CDU an und ist seit 1997 stellvertretende Vorsitzende des CDU-Bezirks „Bergisches Land“. 1998 zog sie in den Bundestag ein und erhielt eine Freistellung von BAYER. Aber die Bande rissen nicht ab, wie schon die gewählten Arbeitsschwerpunkte bele-

„Ein sonst eher schweigsamer Vertreter blühte auf, als es um die Interessen seines Arbeitgebers ging“, schreibt die Financial Times die Arbeitsauffassung von BAYERs Karl Kress im Landtag

gen. Neben Verteidigungs- und Frauen-Politik gibt Ursula Lietz als solche nämlich Bildung und Forschung sowie Gesundheit an. Daher ließ sie es sich nicht nehmen, bei den Debatten zur Gesundheitsreform gegen die Positivliste Position zu beziehen, mit der Rot/Grün ursprünglich beabsichtigte, die Erstattungspflicht der Krankenkassen für umstrittene Medikamente aufzuheben, was BAYERs Pillen-Umsatz empfindlich getroffen hätte. Manchmal trieb das Heimweh die Politikerin auch direkt an die alte Wirkungsstätte zurück. Im Februar 2002 führte sie die „Arbeitsgruppe Frauen und Gesundheit“ durch das BAYER-Institut für klinische Pharmakologie und animierte eine Diskussion über Arzneimittel-Tests. Zwei Monate später schlug sie zwei Fliegen mit einer Klappe und heftete in ihrer Funktion als Mitglied der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ einem ehemaligen BAYER-Manager ein ökologisches Feigenblatt ans Revers: Sie zeichnete den Ex-Direktor Kremer mit der silbernen Ehrennadel des Vereins aus.



Als ihre ehemalige Kollegin Cornelia Yzer 1990 in den Bundestag kam, behielt sie ihren Posten in der Umweltaffektion des Konzerns. Da es sich bei diesem Job eher um einen PR-Gag handelte, dürfte ihr Arbeitsschwerpunkt aber in Bonn gelegen haben - bei doppelten Bezügen natürlich. Die vom Bundesverfassungsgericht 1975 in seinem Diäten-Urteil geforderten Vorkerkungen dagegen, dass Bundestagsabgeordnete Gehalt, „ohne die danach geschuldeten Dienste zu leisten, nur deshalb erhalten, weil von ihnen im Hinblick auf ihr Mandat erwartet wird, sie würden im Parlament die Interessen des zahlenden Arbeitgebers, Unternehmens oder der zahlenden Großorganisation vertreten“, hatte die Politik wohlweislich nicht getroffen. So zahlte sich die Investition in Yzer für den Chemie-Multi aus. Schon 1992 stieg sie zur Staatssekretärin auf. Dort empfahl Yzer sich derart als Sachwalterin der Pharma-Industrie, dass sie 1997 die Geschäftsführung des von BAYER gegründeten „Verbandes der Forschenden Arzneimittel-Hersteller übernahm. Nicht nur der Politikwissenschaftler Herbert von Arnim hielt das für unvereinbar mit einem Abgeordneten-Mandat. Arnim zufolge gebietet es die Verfassung, dass Abgeordnete unabhängig von Interessensgruppen sein müssen. Eine hauptamtliche Verbandsfunktionärin erfüllt diese Maßnahme seiner Meinung nach nicht. Aber Cornelia Yzer focht das nicht an. Als Interessensvertreterin von BAYER & Co. wurde sie schnell die berühmteste Lobbyistin der Republik. An dem hohen Anteil der ParlamentarierInnen, die auf dem einen oder anderen Wege mit den Pillen-Produzenten verbandelt sind, dürfte sie auch nicht ganz unschuldig sein. Würde man die Politike-

rInnen nicht nach Partei-, sondern nach Branchen-Zugehörigkeit sortieren, nähme die Pharma-Industrie gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft die Spitzenposition ein, fand der Stern heraus.

Nach einer Untersuchung der Universität Jena haben 37 Prozent der CDU-Bundestagsabgeordneten und 50 Prozent der FDP-Abgeordneten einen solchen Zweitjob bei der Industrie. Der Leverkusener Chemie-Multi verfügt neben seinen Getreuen in Bundestag und Landtag noch über eine ganze Reihe von „AußendienstlerInnen“ in Stadträten, Ortsgruppen, Bezirksvertretungen, Kreistagen, Verbänden und Organisationen wie den Pressesprecher Hermann-Josef Baaken, seines Zeichens Schatzmeister der CDU-Neuss. Die BASF als das andere große bundesdeutsche Chemie-Unternehmen beschäftigt 235 PolitikerInnen, BAYER vermutlich kaum weniger. Der Öffentlichkeit gegenüber macht der Konzern darüber keine detaillierten Angaben mehr, intern will er es aber nach wie vor ganz genau wissen. „Etwa einmal pro Jahr fragen wir bei unseren Mitarbeitern ab, in welchen Verbänden oder politischen Funktionen sie tätig sind“, erläutert BAYER-Sprecher Günter Forneck der Neuß-Grevenbroicher Zeitung. Angeblich hat die Umfrage nur den Zweck, Katastrophen vom Schlage „Meyer“ oder „Arentz“ schon im Vorfeld zu verhindern. Die Erhebung dürfte dem Gen-Giganten allerdings vornehmlich dazu dienen, die Anzahl seiner „AußenpolitikerInnen“ zu ermitteln. In früheren Zeiten hat die Chef-Etage die MandatsträgerInnen in regelmäßigen Abständen zusammengerufen, um mit ihnen die politische Agenda abzustimmen und posaunte sogar stolz aus, wieviele MitarbeiterInnen in den verschiedensten politischen Gremien

arbeiten. Diese Meetings könnten heutzutage auch noch stattfinden.

Aber nicht alle in Parteien aktive Belegschaftsangehörige trifft der Lobbyismus-Verdacht zurecht. Die im BAYER-Betriebsrat tätige Marianne Hürten beispielsweise, welche die Grünen im NRW-Landtag vertritt, geriet wegen ihres Engagements für Mitarbeiter-Rechte oftmals mit dem Management in Konflikt. Deshalb bestimmt die Devise „Was für BAYER gut ist, ist auch für mich gut“ wohl kaum ihre Landtagsarbeit. Leider trennen aber längst nicht alle GewerkschaftlerInnen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Interessen. Der im BAYER-Aufsichtsrat sitzende IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoltdt macht da keinen Unterschied. Hemmungslos betätigt er sich als Treuhändler von BAYER & Co. Seinen spektakulärsten Coup landete er während der Auseinandersetzung um die Gesundheitsreform. Die Regierungskoalition plante ursprünglich, den Herstellern zwei Jahre lang einen 4-prozentigen Preis-Abschlag auf patentgeschützte Medikamente abzuverlangen. Da nutzte Schmoltdt die Kontakte zu seinem Duz-Freund Gerhard Schröder und fädelte einen Ablass-Handel ein. So kamen die Pillen-Produzenten gegen eine Einmal-Zahlung von 200

O-Ton BAYER

„Wer Versuchsfelder zertrampelt, zertrampelt am Ende auch Chancen für Deutschland“

Chemie-Gewerkschaftsboss und BAYER-Aufsichtsrat Hubertus Schmoltdt über die „grüne Gentechnik“ und ihre KritikerInnen.

Millionen Euro um die Rabatt-Regelung herum.

Oft braucht der Leverkusener Chemie-Multi derartige Vermittlungsdienste gar nicht erst in Anspruch zu nehmen und geht den direkten Weg. „Wir nehmen das Angebot zu Gesprächen gerne an, um die Erfahrung von BAYER in die politische Diskussion einfließen zu lassen“, bekundete der Bundeskanzler bei der feierliche Eröffnung von BAYERs Berliner „Verbindungsbüro“, wo die StrategInnen solche Angebote jetzt immer aushecken. Gesprächsbedarf gab es etwa bei dem EU-Chemikalien-Gesetz. Der damalige Konzern-Chef Manfred Schneider intervenierte bei Schröder, der flugs in Brüssel vorstellig wurde. Das hatte nicht nur ständige „Nachbesserungen“ an der Regelung zur Folge, sondern auch eine

neue, noch wirtschaftsfreundlichere EU-Politik (siehe SWB 4/04). Die meiste Zeit herrscht allerdings stilles Einvernehmen zwischen Leverkusen und Berlin. So versteht sich Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement ganz offen als Anwalt von Konzern-Interessen. Die Wirtschaftspolitik „muss industrie-politische Belange fördern und sie bewusst gegen Forderungen aus anderen Politik-Bereichen wie der Umwelt- oder Verbraucher-Politik oder gegen wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen anderer Staaten vertreten“, formulierte Clements Ministerium sein Selbstverständnis im 2004 erschienenen Wirtschaftsbericht. Der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik ist also nicht sporadischer Natur, er markiert keine Grenzüberschreitung, die große Aufregung rechtfertigte. Der Einfluss ist permanent - Business as usual - und gerade das macht den Skandal aus.

(1) Nach dieser Regelung müssen BAYER & Co. Tausende niemals getestete Chemikalien erstmals auf ihre möglicherweise gesundheitsschädliche Wirkung hin untersuchen.

LEBENSMITTEL



Das Magazin der VN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur

■ Tatsachen und Hintergründe zum Thema Neofaschismus ■ Informationen zur Geschichts- und Gedenkstättenarbeit ■ Berichte über antifaschistische Aktivitäten im In- und Ausland ■ Interessantes aus den VN-BdA-Mitgliedsorganisationen ■ 4-seitiges »Spezial« zu Schwerpunktthemen ■ Umfangreicher Kulturteil mit Rezensionen zu aktuellen Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt, zu Filmen und Ausstellungen ■ Interviews, Kommentare, Biografien

»antifa« erscheint alle zwei Monate, Umfang: 48 Seiten, Preis je Heft: € 2,00, ermäßigt für Schüler, Lehrlinge und Studenten € 1,00, im Abonnement € 12,00 bzw. € 6,00, Bestellungen unter Tel.: 030-29 78 41 75, Fax: 030-29 78 41 79, Internet: www.vn-bda.de, mail: antifa-redaktion@vn-bda.de, Sitz der Redaktion: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

antifa

Neue Studienergebnisse aus Japan

BAYER-Chemikalien schädigen Gehirn



Pestizid-Test im BAYER-Labor

Japanische WissenschaftlerInnen warnen vor chemischen Risiken für den Hormon-Haushalt durch Chemikalien. Dr. Yoichiro Kuroda vom „Tokyo Metropolitan Institute for Neuroscience“ kommt in der Fachzeitschrift Kagaku zu dem Ergebnis, dass Polychlorierte Biphenyle und der Pestizid-Wirkstoff Glufosinat die Entwicklung des menschlichen Gehirns beeinträchtigen und Verhaltensstörungen hervorrufen können. Beide Stoffe stammen aus dem BAYER-Labor.

Von Philipp Mimkes

Polychlorierte Biphenyle (PCB) und das Gentech-Herbizid Glufosinat können das Nervensystem von Kindern schädigen. „Wem die Gesundheit von Kindern am Herzen liegt, der sollte mit diesen Stoffen sehr vorsichtig sein“, warnt Dr. Yoichiro Kuroda. „Das menschliche Gehirn ist während seiner Entwicklung sehr empfindlich. Die Chemische Industrie hat diese Risiken bislang nicht beachtet“, so Kuroda weiter. Der Wissenschaftler vom „Tokyo Metropolitan Institute for Neuroscience“ leitet die von der japanischen Regierung geförderte Untersuchung zu Auswirkungen hormoneller Störungen auf die Entwicklung des Gehirns.

Polychlorierte Biphenyle sind eine aus rund 200 Einzelkomponenten bestehende Verbindungsklasse organischer Chlor-Verbindungen. Sie sind extrem langlebig und finden sich nahezu überall in der Natur - in Tiefsee-Sedimenten ebenso wie im arktischen Eis. Laut der japanischen Untersuchung wirken PCB wie „Pseudo-Hormone“ und verursachen dadurch Nervenschäden - dies führt bei Kindern zu niedrigerem IQ und Hyperaktivität. PCB, die in Kondensatoren, Baumaterialien und Farben verwendet wurden, sind seit 20 Jahren verboten. Noch immer finden sich aber große Men-

gen in öffentlichen Gebäuden und elektrischen Geräten. BAYER gehörte jahrelang zu den größten Produzenten - nachdem die US-Konkurrenz die Herstellung eingestellt hatte, hatte das Unternehmen die

„Das menschliche Gehirn ist während seiner Entwicklung sehr empfindlich.

Die Chemische Industrie hat diese Risiken bislang nicht beachtet“, so der japanische Wissenschaftler Yoichiro Kuroda

Produktion sogar noch erhöht. Die andere von der Studie als gesundheitsgefährdend eingestufte Substanz, der Pestizid-Wirkstoff Glufosinat, wird seit den 80er Jahren im Obst-, Wein-, Getreide- und Gemüsebau eingesetzt und gehört in Europa und den USA zu den meistverwendeten Herbiziden. Der Wirkstoff ist in den ebenfalls vom BAYER-Konzern vertriebenen Produkten LIBERTY und BASTA enthalten. Im abgelaufenen Jahr setzte er hiermit knapp 200 Millionen Euro um. Das Unkrautbekämpfungsmittel wird u. a. in Kombination mit gentechnisch verändertem Saatgut angeboten.

Die sogenannte Herbizid-Resistenz hat der Leverkusener Agro-Multi in eine Vielzahl von Pflanzen eingebaut, darunter Raps, Mais, Reis, Zuckerrüben, Soja und Kartoffeln.

UmweltschützerInnen fordern die Chemie-Industrie seit langem auf, die toxischen Analysen aller Chemikalien und Pestizide offen zu legen: „Es kann nicht angehen, dass Chemikalien über Jahrzehnte verkauft werden, ohne dass die Öffentlichkeit deren Risiken kennt. Das Beispiel Glufosinat zeigt, dass die Unternehmen notfalls gezwungen werden müssen, alle Substanzen auf Gesundheitsrisiken hin zu untersuchen und die Forschungsergebnisse frei zugänglich zu machen“, so Prof. Jürgen Rochlitz von der Deutschen Störfallkommission.

Erst vor wenigen Monaten hatte BAYER eine juristische Schlappe erlitten, als das Unternehmen den Umweltverband FRIENDS OF THE EARTH daran hindern wollte, Studien-Ergebnisse über Risiken von Glufosinat zu veröffentlichen (SWB 3/04). Der Konzern ist weltweit der zweitgrößte Pestizid-Hersteller, im Sortiment befinden sich u.a. extrem gefährliche Wirkstoffe wie Parathion, Monocrotophos, Fenamiphos und Aldicarb.

ABONNIEREN SIE JETZT!



STICHWORT BAYER erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker **STICHWORT BAYER**, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

C O U P O N

Ich/wir abonnieren für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-SoliFonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____

Kontonr. _____

BLZ _____

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



Agrar-Politik für BAYER & Co.

Irak: Das Feld ist bestellt



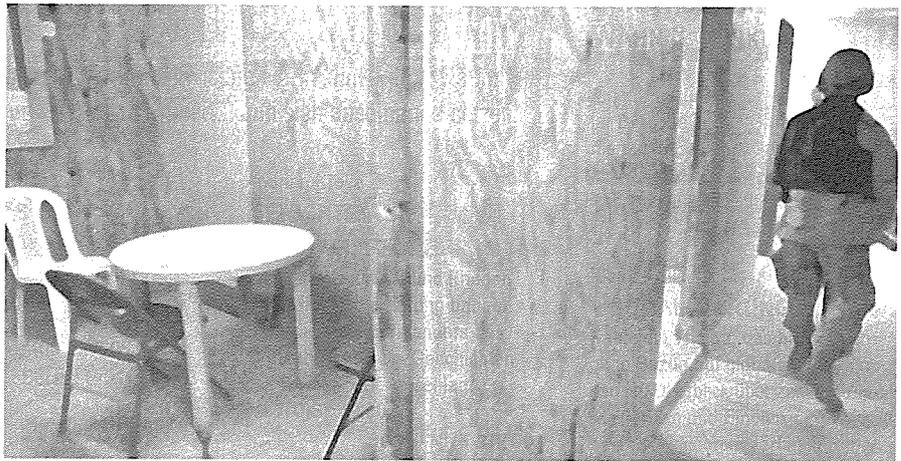
Mission erfüllt: US-Zivilverwalter Paul Brenner fliegt heim

Im Irak ebnen die USA schon einmal den Weg für BAYER und andere Agro-Multis. Das den Unternehmen im Erlass 81 zugestandene Eigentumsrecht an Saatgut verspricht ihnen einen verheißungsvollen Markt-Eintritt. Die Kosten tragen die LandwirtInnen.

Von Jan Pehrke

Die Medien zeichnen nach wie vor ein verheerendes Bild von der Lage im Irak. Kaum ein Tag vergeht ohne Anschläge, die Infrastruktur liegt brach und die Konflikte zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden gefährden die territoriale Integrität. Aber inmitten dieses Chaos' arbeiten die USA mit Hochdruck daran, das Land weltmarkt-kompatibel zu machen. Die Rahmenbedingungen dazu haben die 100 Erlasse des Statthalters Paul Bremer geschaffen. Ehe der US-Verwalter seine Mission im Juni 2004 beendete und die Souveränitätsrechte an die provisorische Regierung übertrug, hatte er bereits einen kapitalistischen „fait accompli“ produziert. Die nötige Zustimmung der irakischen PolitikerInnen dürfte reine Formsache bleiben.

Für die Geschäfte von BAYER & Co. ist der Erlass Nr.81 von besonderer Bedeutung. Er gewährleistet „die Beherrschung der irakischen Landwirtschaft durch MONSANTO, SYNGENTA, BAYER, DOW CHEMICAL & Co. - die Riesen-Konzerne, die den Saatgut-Handel rund um den Erdball kontrollieren“. Das stellt die Initiative GRAIN, welche sich seit langem der globalen Agrar-Politik widmet, in ihrer detaillierten Analyse fest (1).



Vernehmungsraum in Abu Ghraib

Der entsprechende Erlass enthält Bestimmungen über „Patente, Industrie-Muster, unveröffentlichte Informationen, integrierte Schaltkreise und Pflanzen-Sorten“, die das irakische Patent-Recht von 1970 ergänzen. Dieses enthielt keine Regelungen zu bestimmten Pflanzen-Arten, weil die Verfassung Patente auf biologische Ressourcen untersagte. So folgten die LandwirtInnen über Generationen hinweg vererbten Traditionen und hoben nach der Ernte Samen auf, um sie in den nächsten Jahren wieder auf ihren Feldern einzupflanzen.

Die neue Bestimmung erschwert es nun beträchtlich, Saatgut auf den lokalen Märkten zu kaufen oder verkaufen. Um es anbieten zu können, ist nach Erlass 81 nämlich ein Zertifikat notwendig - und die dafür vorgesehene Gebühr übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der meisten Bauern und BäuerInnen. Der regionale Agrar-Markt dürfte also zusammenbrechen. Wenn die LandwirtInnen Pflanzen-Samen benötigen, müssen sie es künftig von BAYER & Co. erwerben und die entsprechenden Lizenz-Abgaben zahlen. Gleichzeitig schafft der Paragraph auch die



NEU

Clayborne Carson Zeiten des Kampfes

Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren

Mit einem Nachwort von Heinrich W. Grosse
Aus dem Amerikanischen von Lou Marin

638 S., 28,80 €
ISBN 3-9806353-6-8

Clayborne Carson, Herausgeber der Schriften von Martin Luther King und selbst durch die Bürgerrechtsbewegung geprägt, beschreibt minutiös die Entwicklungen und Debatten des SNCC. Die Kampf- und Organisationsformen des SNCC waren anregend für viele spätere Bewegungen. Und wer in sozialen Bewegungen aktiv war oder ist, wird in Carsons detaillierter Darstellung sehr viele typische Abläufe von Emanzipationsbewegungen erkennen. Das Buch ist mehr als eine Organisationsgeschichte.

GRASWURZELREVOLUTION



Graswurzelrevolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Berichte und Kommentare zu

- direkten gewaltfreien Aktionen
- sozialen Bewegungen in anderen Ländern
- Rezensionen, Concert for Anarchy u.v.m.

Jahresabo 25 € (10 Hefte)

Schnupperabo 5 € Vorkasse (3 Hefte)

GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11 | D-53947 Nettersheim | Fax: 024 40/959 351 | abo@graswurzel.net | www.graswurzel.net



Iraker bei der Wahl

rechtliche Basis für die Einführung der „grünen Gentechnik“. Ohne Copyright-Ansprüche lässt sich das Geschäft mit gen-manipulierten Pflanzen nämlich nicht Gewinn bringend betreiben. So dient die Regelung dann auch keinesfalls dazu, die Versorgung mit qualitativ hochwertigem Saatgut im Irak sicherzustellen, wie es von offizieller Seite heißt. Sie dient vielmehr dazu, optimale Verwertungsbedin-

Der Erlass Nr.81 gewährleistet „die Beherrschung der irakischen Landwirtschaft durch MONSANTO, SYNGENTA, BAYER, DOW CHEMICAL & Co. - die Riesen-Konzerne, die den Saatgut-Handel rund um den Erdball kontrollieren“ (GRAIN).

gungen für die Agrar-Konzerne sicherzustellen. Mit der Kleinarbeit der Etablierung privatwirtschaftlicher Strukturen im Landwirtschaftssektor haben die Verantwortlichen passenderweise Privat-Unternehmen betraut: SAGRIC aus Australien und DEVELOPMENT ALTERNATIVES INC. aus den Vereinigten Staaten. Die US-Firma arbeitet wiederum eng mit der texanischen A & M-Universität zusammen, einer führenden Hochschule im Bereich „Biotechnologie“.

Da erleichtert es die Zusammenarbeit ungemein, dass die amtierende irakische Landwirtschaftsministerin ihre Studien-Jahre auf US-amerikanischen Hochschulen verbracht hat. Sawsan Ali Magid al-Sharifi besuchte die Uni von Iowa und machte einen Doktor in „Tierzucht“. Auf ihrem neuen Posten bemüht sie sich emsig, das Gelernte umzusetzen und die Gründung von Tier-Fabriken voranzubringen. Die „Food and Agriculture Organisation“ (FAO) der Vereinten Nationen unterstützt sie bei diesem Vorhaben tatkräftig. Für ein Projekt zur „Tier-Produktion“ stellt die FAO drei Millionen Dollar zur Verfügung; sieben Millionen gewährt sie für

eine veterinär-medizinische Einrichtung. Die Förderung einer Station zur künstlichen Besamung von Kühen steht ebenfalls in Aussicht. Da die Massentierhaltung massenhaft Bedarf an Medikamenten hat, eröffnen sich dem Leverkusener Multi als einem der weltgrößten Hersteller von Tier-Arzneien glänzende Perspektiven. Zusätzliche Ackerbau & Viehzucht-Gelder geben die staatlichen „Entwicklungshilfe“-Agenturen Australiens und der Vereinigten Staaten frei. Der US-Kongress bewilligte außerdem 50 Millionen zur Erneuerung des Maschinenparks.

Mit all diesen Maßnahmen will Sawsan Ali Magid al-Sharifi den Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt wieder von 35 auf 50 Prozent erhöhen. Dabei hat sie allerdings mit einigen Hindernissen zu kämpfen. Die US-Finanziers drängen darauf, die finanzielle Unterstützung für die LandwirtInnen bis April 2004 einzustellen. Die Ministerin sträubt sich einstweilen noch dagegen. Sie hält Subventionen für Pestizide, Düngemittel und Saatgut für notwendig, um die Agrarwirt-

schaft in ihrem Schutz aufzupäppeln und so „wettbewerbsfähig“ zu machen. Warum sollte sie auf Subventionen verzichten, wo diese Praxis doch auch in den USA und anderswo üblich sei, fragte sie in einem Interview mit der UN-Nachrichten-Agentur IRIN. Darin beklagte die Politikerin sich auch über ihre KollegInnen vom Handelsministerium. „Was den Handel betrifft, so sollten sie mehr an unsere Farmer denken. Das Handelsministerium sollte auf das zählen, was wir produzieren, anstatt Weizen im Ausland zu kaufen und den einheimischen zurückzuweisen. Sie belegen unser Getreide mit harten Restriktionen“, kritisiert sie. Möglicherweise unterliegt das Ressort den Einflüsterungen australischer oder amerikanischer BeraterInnen, die gar kein Interesse an einer starken irakischen Landwirtschaft haben, das Land vielmehr ihren eigenen LandwirtInnen als Absatzmarkt erschließen wollen.

Die Getreide-Großproduzenten Australien und USA ringen miteinander um Einfluss im Irak. Während des Embargos



Fernsehübertragung der Machtübergabe

verschafften sich die Australier einen Platzvorteil. Im Rahmen des „Lebensmittel für Öl“-Programms führten sie im großen Stil landwirtschaftliche Produkte ein. In der Nachkriegszeit versuchten sie diese Stellung zu verteidigen und suchten den kurzen Draht zur Administration. So sicherte sich Trevor Flugge von der Weizen-Institution „Australian Wheat Board“ den Posten als oberster Berater des irakischen Landwirtschaftsministeriums. Dem

„Jemand sollte die Verantwortung übernehmen, und es sollte ein erfahrener US-Beamter sein, der die Iraker gut beraten kann, unsere Verbündeten gut behandelt und die Interessen der US-Agrarwirtschaft in einem Schlüsselmarkt für den Export schützt“ (US-Senator Kent Conrad)

US-Senator Kent Conrad kam das einer feindlichen Invasion gleich. Unter der Überschrift „Der Irak braucht einen US-amerikanischen Berater, keinen australischen“ verfasste er eine Presse-Erklärung, in der er Bush Blauäugigkeit vorwarf. „Es ist absurd. Wir betrauten einen unserer größten Konkurrenten auf dem Agrar-Markt damit, zu helfen, das irakische Landwirtschaftsministerium aufzubauen, in einem Land, das einen großen Markt für Exporte der US-Landwirtschaft darstellt“, empört er sich. Die USA haben Flugge zwar in weiser Voraussicht einen der ihren als Co-Berater zur Seite gestellt, aber der war noch gar nicht vor Ort, als Flugge mitsamt seinem Team die Arbeit antrat. Conrad ist sowieso nicht fürs

Macht-Teilen. „Wir übernahmen im Krieg die Führung und sollten sie auch im Frieden übernehmen“, heißt seine Devise. „Jemand sollte die Verantwortung übernehmen, und es sollte ein erfahrener US-Beamter sein, der die Iraker gut beraten kann, unsere Verbündeten gut behandelt und die Interessen der US-Agrarwirtschaft in einem Schlüsselmarkt für den Export schützt“, meint der Senator.

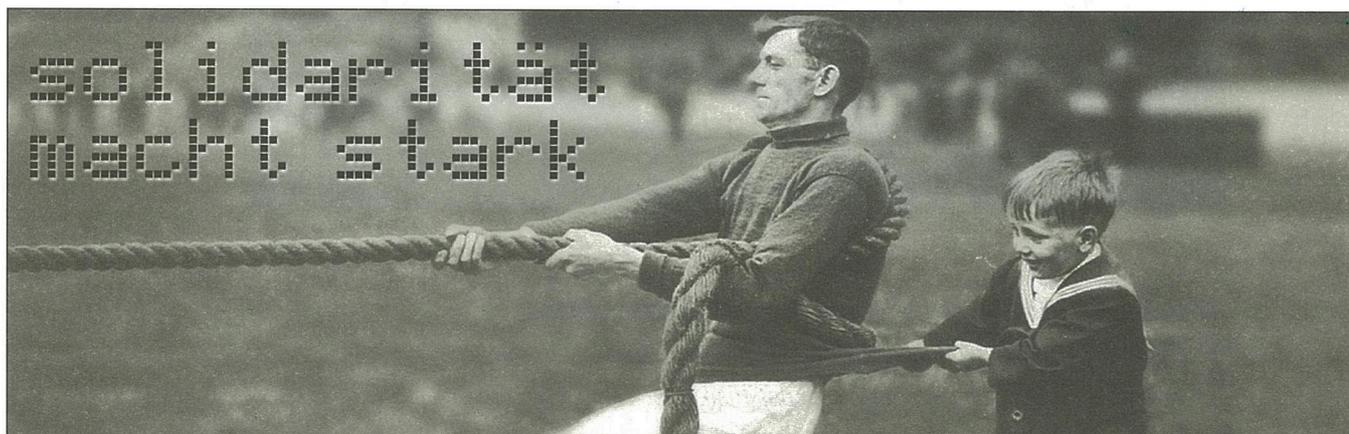
Sollte noch jemand an hehre Ziele US-amerikanischer Außenpolitik geglaubt haben, so dürften ihn spätestens diese klaren Worte auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt haben.

Die Leidtragenden dieser Politik werden wieder einmal die irakischen LandwirtInnen sein. Unter Saddam Hussein hatten sie sich einer autoritären Agrar-Politik zu beugen, die andere Ziele als das Wohl der Bauern und Bäuerinnen verfolgte. Projekte zur Wasser-Gewinnung zerstörten fruchtbare Böden. Im Zuge des Arabisierungsprogramms sowie der antischiitischen Politik machte sich der Diktator daran, fruchtbare Marschgebiete trocken zu legen und so zahlreiche kurdische und schiitische Bauern und Bäuerinnen von ihrem Land zu vertreiben. Zudem enthielt er dem Agrar-Sektor dringend benötigte Gelder vor und steckte sie in den Militär-Bereich. Während des Embargos herrschte Mangel an Ersatz-Teilen, Dünger, Saatgut und Pestiziden. Letztere galten als „Double-Use-Güter“, aus denen WissenschaftlerInnen Chemie-Waffen entwickeln können und durften nicht in das Land. So konnten die LandwirtInnen die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln nicht gewährlei-



sten. Im Rahmen des „Lebensmittel für Öl“-Programms übernahmen das Farmerrinnen aus Australien und anderen Ländern. Und jetzt haben es die Bauern und Bäuerinnen zum ersten Mal mit dem Agrar-Weltmarkt und den Weltmarkt-Führern wie BAYER zu tun. Nicht nur mit Lizenz-Gebühren für Saatgut werden sie das zu zahlen haben, für nicht wenige steht auch die berufliche Existenz auf dem Spiel. Bei der in Aussicht stehenden Industrialisierung der Landwirtschaft ist nämlich für Besitzer kleinerer Felder kein Platz mehr. Kriegsgewinnler dürften somit nur BAYER und die anderen großen Agrar-Konzerne sein.

(1) Das neue irakische Patent-Gesetz: eine Kriegserklärung an die Bauern, GRAIN (www.grain.org). Übersetzung: BUKO-KAMPAGNE GEGEN BIOPIRATERIE



deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto

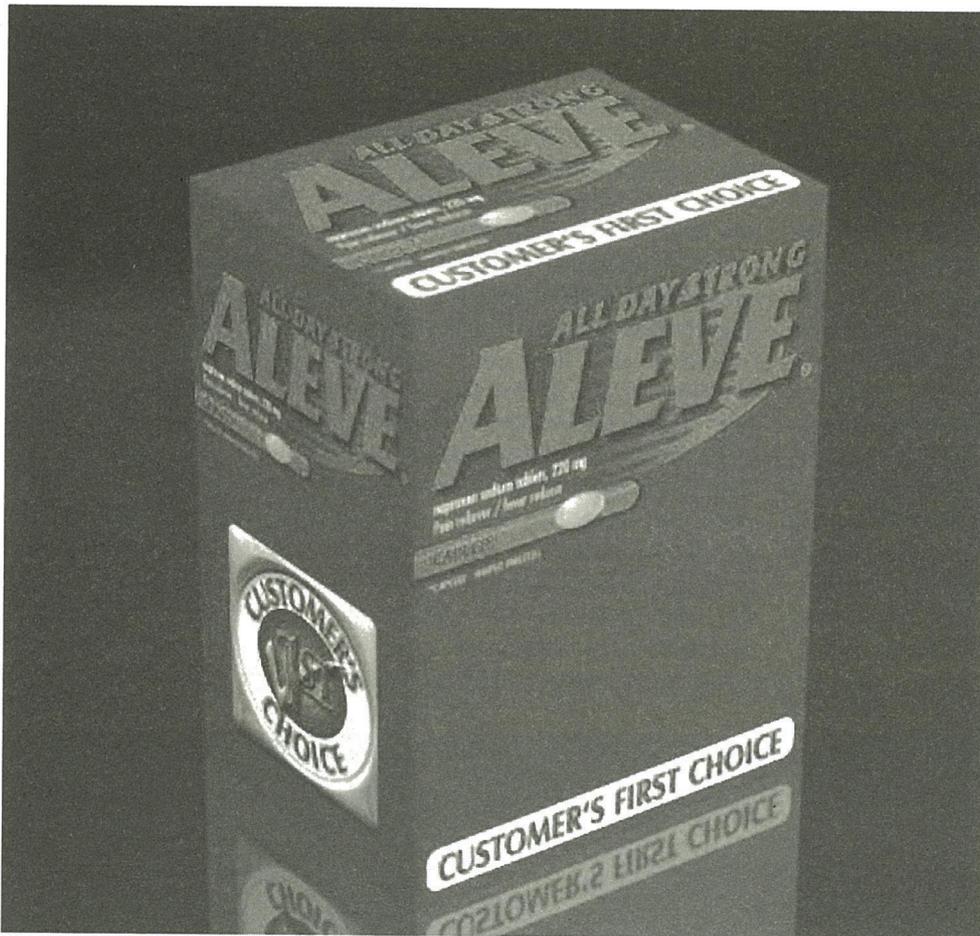


ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

FDA warnt vor Schmerzmitteln

Infarkt-Gefahr durch BAYER-Arznei



Im Dezember 2004 warnte die US-amerikanische Gesundheitsbehörde FDA vor den Nebenwirkungen von BAYERS Schmerzmittel ALEVE. Bei einer Langzeit-Untersuchung hatte sich das Risiko der VersuchsteilnehmerInnen, einen Herzinfarkt zu erleiden, um 50 Prozent erhöht.

Von Jan Pehrke

Im Herbst 2004 produzierten die Schmerzmittel von BAYER & Co. immer wieder negative Schlagzeilen. Zunächst hatte eine Untersuchung dem MERCK-Präparat VIOXX Herz-Schädigungen nachgewiesen. Von 140.000 Infarkten, davon 1.500 mit Todesfolge, gehen die MedizinerInnen inzwischen aus, weshalb der Hersteller die Arznei vom Markt nehmen musste. Kurz darauf bescheinigten PharmakologInnen dem PFIZER-Medikament CELEBREX dieselbe Nebenwirkung. Und schließlich machte das „National Institute of Aging“ (NIA) BAYERs schmerzlinderndes Pharmazeutikum ALEVE mit dem Wirkstoff Naproxen für eine erhöhte Herzattacken-Gefahr verantwortlich.



WissenschaftlerInnen hatten im Auftrag des NIA prüfen wollen, ob das zur Gruppe der nicht-steroiden Entzündungshemmer gehörende Mittel den Verlauf von Alzheimer positiv beeinflussen könne. Heraus kam etwas ganz anderes. ALEVE steigerte für die ProbandInnen das Risiko, einen Herzinfarkt zu bekommen, um 50 Prozent. Die Verantwortlichen stoppten den Test sofort und informierten die US-amerikanische Gesundheitsbehörde FDA. Diese veröffentlichte sogleich einen so genannten „Warning Letter“, in dem die Behörde die Schmerz-PatientInnen eindringlich beschwor, das Präparat nicht länger als zehn Tage einzunehmen und sich streng an die empfohlene Dosierung zu halten. Zudem kündigte die FDA genauere Überprüfungen an. Deren Ende könnte dann auch das Ende für ALEVE bedeuten.

BAYER selbst wiegelte mal wieder in gewohnter Manier ab. ALEVE sei ein erprobtes Mittel und in den USA seit 1976 auf dem Markt; es bestehe kein Hand-

lungsbedarf, verkündete ein Öffentlichkeitsarbeiter des Konzerns. Auch das bundesdeutsche FDA-Pendant, das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (Bfarm), staunte über die alarmierenden Studien-Ergebnisse. „Als völlig überraschend“ bezeichnete sie der beim Bfarm für die Arzneimittel-Sicherheit zuständige Axel Thiele. Der Pharmakologe Dirk Stichtenoth von der „Medizinischen Hochschule Hannover“ reagierte hingegen weniger verblüfft. Stichtenoth zufolge befördern ALEVE, VIOXX, CELEBREX, IBUPROFEN und DICLOFENAC Wasser-Einlagerungen und Blutdruck-Steigerungen, was zu Schädigungen des Herz/Kreislauf-Systems führt. „Offenbar handelt es sich um einen Klassen-Effekt“, kritisiert der Pillen-Experte die ganze Medikamenten-Gruppe.

Die breite Öffentlichkeit erfährt dagegen aus dem Munde von BAYER & Co. immer nur neue Wunderdinge über ALEVE und die anderen Medikamente, weil die Hersteller ihnen lukrative neue Anwendungsgebiete erschließen wollen. Einer unabhängigen Überprüfung halten sie meist nicht stand, wie jetzt das NIA-Experiment gezeigt hat. Nur leider haben solche staatlich geförderten Untersuchungen Seltenheitswert. Die meisten Arznei-Tests finanzieren die Pharma-Hersteller - und so sehen sie dann auch aus. Dafür schafft nicht selten schon die Versuchsanordnung die Grundlage. Oftmals prüfen die wissenschaftlichen DienstleisterInnen nämlich nicht das Präparat an sich, sie vergleichen es lediglich mit den Mitteln der Konkurrenz. Marketing-technische statt wissenschaftliche Kriterien bestimmen also das Vorgehen. Zudem beschränken die AuftragspharmakologInnen aus Kostengründen die Zahl der VersuchsteilnehmerInnen, was es beträchtlich erschwert, Nebenwirkungen festzustellen. Spüren die ForscherInnen sie trotz alledem wirklich einmal auf, verheimlichen die Hersteller sie, wie BAYER es im Fall „LIPOBAY“ getan hat.

„Wir brauchen mehr unabhängige Studien, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden“, verlangt deshalb der Chef der „Europäischen Arzneimittel-Zulassungsbehörde“ (EMA), Thomas Lönngren. Forderungen nach Überprüfungen neu eingeführter Medikamenten tauchten schon nach dem LIPOBAY-Skandal auf. Jetzt unternimmt die EMA einen neuen Anlauf. Sie will BAYER & Co. die Pflicht zu markt-begleitenden Studien auferlegen. Es bleibt abzuwarten, ob ein solches

Vorhaben den politischen Interventionen der mächtigen Pharma-Lobby standhält. Unbill droht dieser noch von anderer Seite. Die bundesdeutsche Ärzteschaft arbeitet an nämlich einer Software, die alle Neben- und Wechselwirkungen von Pharmazeutika verzeichnet. Eine solche Software gibt es zwar schon, aber sie ist „made by BAYER & Co.“ und hat deshalb die Nebenwirkung, es mit den Nebenwir-

ALEVE steigerte für die ProbandInnen das Risiko, einen Herzinfarkt zu bekommen, um 50 Prozent

kungen nicht so genau zu nehmen. Nach Meinung des verantwortlichen Mediziners Bruno Müller-Oerlinghausen jedenfalls kann das nach streng wissenschaftlichen Kriterien erstellte Register die ärztlichen Verschreibungsfehler um 80 Prozent reduzieren.

Bislang hat der ALEVE-GAU für BAYER nicht die Dimension des LIPOBAY-Skandals erreicht. Am geringeren Ausmaß der medizinischen Katastrophe lag das nicht, das ist noch gar nicht abschließend bestimmt. Die Folgen hielten sich für das Unternehmen vielmehr in Grenzen, weil sich auch der ALEVE-Umsatz mit 90 Millionen Euro in Grenzen hielt. Das Mittel gehörte mit zu der Sparte der rezeptfreien Arzneien, die der Pharma-Riese 2004 vom schweizer Konzern ROCHE erworben hatte. Im Jahr der Transaktion hatten die Multis die Produkte noch gemeinsam vertrieben und halbe-halbe gemacht. Erst zum 1. Januar gingen die Rechte allein auf BAYER über. Und jetzt sehen die Zahlen schon anders aus. Aleve war nämlich mit einem Jahres-Umsatz von 176 Millionen Euro der Top-Seller des ROCHE-Sortiments. Das Lob der Besonnenheit, das die Faz den Aktien-HändlerInnen angesichts der „Peanuts-Profit“ von ALEVE erteilte, könnte sich als vorschnell erweisen. „Die Börse hat denn auch schnell erkannt, dass die anfänglichen Kurs-Verluste der BAYER-Aktien gestern völlig übertrieben waren“, hatte sie nach Bekanntwerden der Meldungen aus den USA geschrieben. Angesichts des nun gefährdeten Profites besteht durchaus die Aussicht, dass die ALEVE-Nebenwirkungen auch den BörsianerInnen noch Schmerzen bereiten werden. Ob es sich da als lindernd erweist, dass die FDA ALEVE im Februar nachträglich eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt hat, bleibt abzuwarten, denn sie urteilte auf der Basis von BAYER-Daten.

Pharma-Lobbyistin Cornelia Yzer

BAYERs Frau in Berlin



LobbyistInnen arbeiten im politischen Halbdunkel, kaum jemand außerhalb des Parlaments kennt ihr Gesicht. Cornelia Yzer ist Deutschlands einflussreichste Pharma-Lobbyistin. Ein Porträt

Von Anita Blasberg



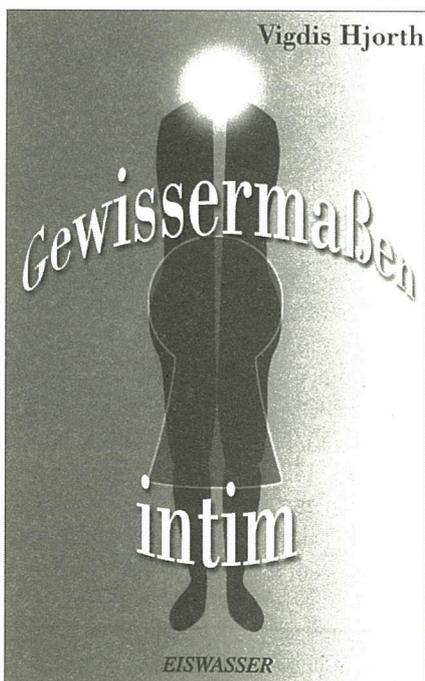
Die mächtigste Frau im deutschen Gesundheitswesen hat keine öffentliche Funktion, kein öffentliches Gesicht und keinen öffentlichen Namen. Vielleicht liegt das daran, dass es zu ihrem Beruf

gehört, nicht zu viel Wind zu machen, daran, dass ihr Gesicht glatt und gleichmäßig ist wie das einer Porzellanpuppe, oder auch daran, dass ihr Name klingt wie ein Streifschuss. Cornelia Yzer jedenfalls

verschickt lieber Pressemitteilungen als in Fernseh-Talkshows zu reden, und wenn sie es doch einmal tut, dann feuert sie Sätze ab wie mit einer Maschinenpistole. So lange zum Beispiel, bis sie mindestens einmal die Wörter Innovationen, Innovationshürden und Innovationsstopp platziert hat; so lange, bis sogar Sabine Christiansen sagt, dass man ja nun Bescheid wisse und das auch irgendwie eine Diskussionsrunde sei. Cornelia Yzer schaut dann zufrieden, sie lacht, und sie trägt ein beiges Kostüm mit einer Perlenkette zu blonden Haaren und rot lackierten Fingernägeln. Im Gesundheitsministerium wird Frau Yzer gerne auch „der General“ genannt.

Cornelia Yzer, 42, kämpft an vorderster Front für die Interessen der Pharma-Industrie. Sie ist Hauptgeschäftsführerin des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller (VFA), dessen 44 Mitgliedsfirmen rund zwei Drittel des deutschen Pharmamarktes beherrschen. Seit seiner Gründung 1993 hat der finanzstarke VFA andere Pharma-Verbände an Einfluss weit überrundet. Er vertritt die Interessen international operierender Konzerne, er kämpft für umfassenden Patentschutz und gegen die deutsche Kostendämpfungspolitik. Cornelia Yzer befehligt im Berliner →

Erotisch. Frech. Charmant. Politisch. Freizügig. Selbstironisch. Komisch. Mit einem Wort: Gewissermaßen intim. Eben Vigdis Hjorth.



Ist der Ruf erst ruiniert... – die norwegische Autorin Vigdis Hjorth hatte in den Medien sehr früh das Image einer erotischen Autorin verpasst bekommen. Wie es dazu kam und welche im Alltag mitunter skurrilen Folgen dieses Markenzeichen für sie hatte, darüber schreibt Vigdis Hjorth in diesem Buch – freizügig, aufrichtig, charmant, witzig und mit viel Selbstironie.

Und mehr: Die Autorin erweist sich als brillante Essayistin und politische Kolumnistin, streitbar und keinem Tabu ausweichend.

Lustvoll legt sie sich mit den Mächtigen an, nennt Kronprinzessin Mette-Marit in einem Atemzug mit einer wegen Mordes verurteilten gleichaltrigen norwegischen Blondine.

Schließlich lernen die LeserInnen auch die köstliche Glossistin Vigdis Hjorth kennen und lieben. Das Chaos auf Reisen mit der Mutter oder den Kindern, der Kulturschock, den ein norwegisches Paar bei schäumendem bayerischen Hefeweizen erlebt – das ist Lesevergnügen pur.

Vigdis Hjorth: *Gewissermaßen intim. Moralische und unmoralische Gedanken.* Aus dem Norwegischen von Friederike Buchinger, Gabriele Haefs, Katharina Leiber, Christiane Müller, Cornelius Riewerts und Cornelia Steinhauer. – Erschienen bei EISWASSER (Vechta).

174 Seiten, Broschur, 16,90 Euro. ISBN3-924143-37-4

Regierungsviertel einen Apparat von fünfzig MitarbeiterInnen, und wenn man heute einen Termin bei ihr bekommen hat, dann deshalb, weil die Zeiten für Lobbyisten nicht die besten sind - und besonders schlecht sind für die der Pharma-Industrie. Allerorts wird die ausufernde Macht der Interessen-VertreterInnen beklagt und spätestens, seit PR-Berater Hunzinger mit Verteidigungsminister Scharping Hemden kaufen war, ist der Ruf der Branche im Eimer. ExpertInnen sind sich einig, dass im Gesundheitssystem der Einfluss von Lobbys größer und schädlicher ist als anderswo, und kein Artikel über die Gesundheitsreform vergisst, die Schuld der „Pharma-Lobby“ zu erwähnen.

Natürlich wäre es schön, unser Image ein wenig zu korrigieren“, sagt Herr Raulf bei der Begrüßung. Herr Raulf ist Leiter der Kommunikationsabteilung des VFA und heute so etwas wie Frau Yzers Wachhund. Er macht einen ausgeglichenen Eindruck, und während man mit ihm im Aufzug in den vierten Stock zuckelt, sagt er, dass Frau Yzer nun wahrlich nicht so langsam sei wie dieser Lift. Angesichts ihrer rasanten Karriere hat man keine Probleme, ihm das zu glauben: Mit 28 wurde Cornelia Yzer Juristin bei BAYER, mit 29 zog sie für die CDU in den Bundestag, mit 30 wurde sie die jüngste Staatssekretärin



in Kohls Regierung, und nur fünf Jahre später wechselte sie auf den hoch dotierten Chefposten beim VFA. „Zwei Herren dienen, doppelt kassieren“, kommentierte sogar die *Welt*, weil die hauptberufliche Lobbyistin ihr Abgeordneten-Mandat behielt - Cornelia Yzer gilt seither als Prototyp einer neuen Interessen-Vertretung: selbstbewusst, wendig, professionell, effizient.

Das mit der Effizienz fing bei ihr direkt nach der Schule an: Kohls Mädchen aus Lüdenscheid, Westfalen, hat nicht nur

Jura und Wirtschaftswissenschaften studiert, sondern nebenher die CDU im Märkischen Kreis erobert. Der Abgeordnete, bei dem sie ein Praktikum absolvierte, bot ihr an, für seinen Wahlkreis zu kandidieren. Und die Frau, von *Bild* einst als „schönste Frau in Kohls Kabinett“ betitelt, wusste früh, was sie sucht: Herausforderungen. Ein paar Jahre später setzte sie sich als Staatssekretärin in Rüttgers Forschungsministerium für Gen- und Biotech ein; schließlich wurde sie von der Politikerin zur Lobbyistin, weil „die Pharma-

Rund 4.500 LobbyistInnen haben inzwischen Haus-Ausweise für den Bundestag erhalten

Industrie eine hochspannende Branche“ ist, „die innovativste, die ich kenne“. Cornelia Yzer lacht oft und gern, sie wirft dabei ihre blonden Haare zurück, und manchmal wirkt das bedrohlich. Sie ist Lobbyistin aus Leidenschaft.

„Lobbyisten haben so viel Einfluss wie nie zuvor“, titelte vergangenes Jahr die *Zeit*. Das Geschäft mit dem Einfluss ist verglichen mit Bonner Zeiten in Berlin geradezu explodiert; rund 4.500 LobbyistInnen haben inzwischen Haus-Ausweise für den Bundestag, 1.781 Verbände - so viele wie nie zuvor - sind beim Parlament registriert und haben das Recht, sich an Gesetzgebungsverfahren zu beteiligen. Nicht weniger als 140 Verbände waren allein zum Hearing zur Gesundheitsreform angemeldet. Die Branche wird immer unübersichtlicher und schneller - und sie hat sich durch das „Modell Seitenwechsel“ professionalisiert: Viele Minister, Staatssekretäre und Abgeordnete stellen ihre Kontakte und Insider-Kenntnisse in den





Dienst von Firmen und Verbänden. BAHN-Chef Mehdorn beschäftigt diverse Ex-Verkehrsminister; Hans Sendler, der frühere Chef des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie (BPI), lernte sein Hand-

werk im nordrhein-westfälischen Sozialministerium; der ehemalige Kohl-Referent Rolf Reher steht heute auf der Gehaltsliste der BAYER AG.

Cornelia Yzer sitzt in einem großen weißen Konferenzraum, sie hat die Beine übereinander geschlagen und trägt ein weinrotes Kostüm. „Ich mache keine Politik, sondern leite eine moderne Dienstlei-

Klaus Kirschner (SPD): „Die Lobby-macht der Leistungserbringer im Gesundheitssystem nimmt stetig zu“

stungsorganisation“, sagt sie, und dass sie „Entscheidungssträger lediglich berät - die der Mitgliedsunternehmen und die der Politik“. Irgendwo hinter ihren großen blauen Augen ist jetzt der Autopilot eingeschaltet, und es scheint, als könne sie die nun folgenden Rechtfertigungen im Schlaf runterbeten: „Wir Lobbyisten entscheiden nichts, wir beraten nur und speisen Fakten in den politischen Prozess. Drei Viertel meiner Arbeit haben mit aktiver Einflussnahme nichts zu tun. Wir helfen der Politik, Fehler zu vermeiden.“

Klaus Kirschner (SPD) ist Vorsitzender des Gesundheitsausschusses und würde wohl lautstark protestieren. „Die Lobbymacht

der Leistungserbringer im Gesundheitssystem nimmt stetig zu“, sagt er, „gegenüber dem VFA und Ärzte-Verbänden sind Krankenkassen-Vertreter und Patienten-Organisationen unterentwickelt und meilenweit unterlegen.“

Auch die Gesundheitsreform kann als Sieg der LobbyistInnen betrachtet werden: Die Einsparungen in Höhe von 20 Milliarden Euro tragen in erster Linie die PatientInnen - Gesundheitsministerin Schmidt und ihr CSU-Vorgänger Seehofer nennen das „versichertenbezogene Finanzierung“. Die Positivliste, welche die Flut der 40.000 verschreibungspflichtigen Medikamente eindämmen sollte, gilt als endgültig verbrannt. Sie scheiterte am Einfluss der CDU - und vor allem am Veto des hessischen Ministerpräsidenten Koch, in dessen Land Pharmakonzerne wie MERCK und AVENTIS ihre Steuern zahlen (und dem Einspruch Wolfgang Clements aus dem BAYER-Land NRW, Anm. SW/B). Während die Pharma-Branche seit Jahren in zweistelligen Wachstumsraten denkt, mussten die Kassen allein 2002 23,4 Milliarden Euro für Medikamente ausgeben - das ist mehr als doppelt so viel wie noch 1990, und das ist inzwischen mehr als die Honorarkosten für alle niedergelassenen →

Wer mitdenkt, abonniert ...



Mehrere 10 000 demonstrieren am 2. Oktober gegen »Hartz IV« in Berlin

Beispiel Widerstand gegen Sozialklau. Der Widerstand gegen die »Agenda 2010« auf der Straße und die Debatte um parlamentarische Alternativen werden kritisch solidarisch in der *jungen Welt* begleitet.



EU-Beitritt In der Türkei geht es um Geopolitik, Öl und Wasser. Interview mit Europaparlamentar Tobias Plüger

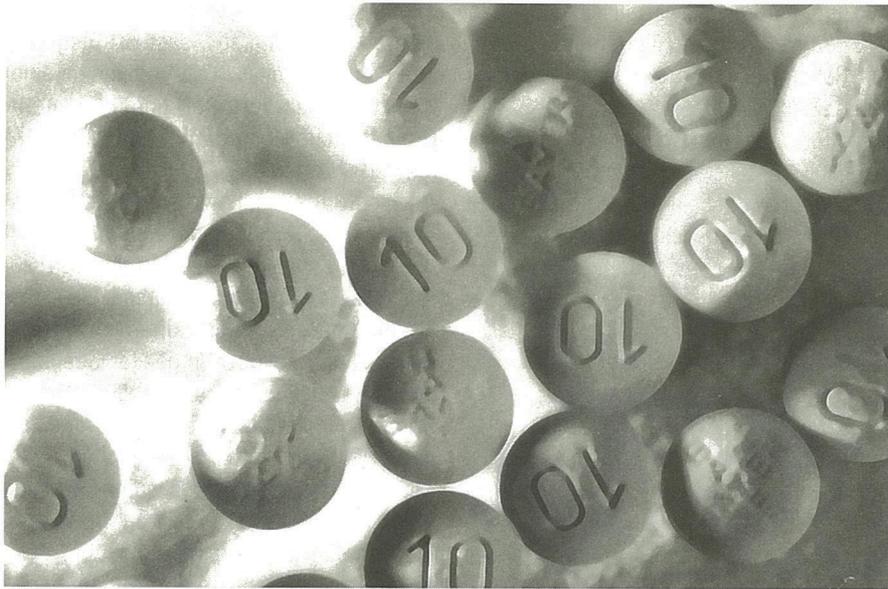
Freilassung ETA: Preisgeld gelöst: Nach fast drei Jahren wird Gabriele Kanke aus spanischer Haft entlassen

Freihandel KISSE-Geld stellt strategische Weichen für einen Wirtschaftsblock der Superluxe

Kanalssystem Multinationale statt Zensur: Der unabhängige Innenminister indonesien ist ein Anführer des Widerstands

... die Zeitung für soziale Bewegung

Abonnieren unter: www.jungewelt.de oder anrufen 0 30/53 63 55-80

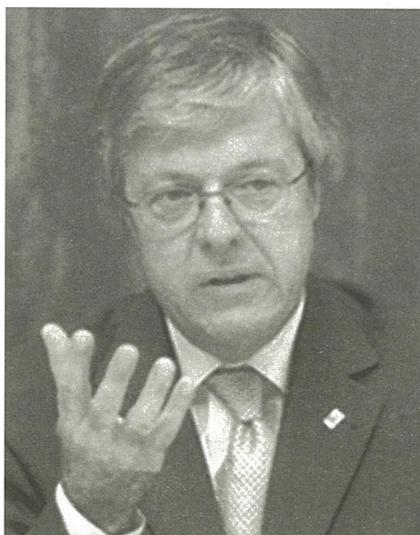


ÄrztInnen. Die jährlichen Kostensteigerungen entstehen fast ausschließlich durch den Ersatz vorhandener Medikamente durch teurere Präparate, die von den großen Konzernen auf den Markt gepusht werden - rund 4,2 Milliarden Euro, hat der Pharmakologe Ulrich Schwabe errechnet, könnten eingespart werden durch die Verschreibung preiswerterer Präparate mit gleicher Wirkung.

Wenn man sie mit diesen Zahlen konfrontiert, rutscht Cornelia Yzer auf ihrem Stuhl augenblicklich in eine aufrechtere Position, und so etwas wie Empörung mischt sich in ihre Stimme. „Was ist dramatisch daran, dass heute mehr für Arzneimittel ausgegeben wird als früher?“ Herr Raulf räuspert sich, doch Frau Yzer kommt langsam in Fahrt: „Das ist doch eine erfreuliche Entwicklung, wenn Arzneimittel überkommene, den Patienten stärker belastende Therapie-Ansätze ersetzen und neue Heilungschancen eröffnen. Sehen Sie sich doch mal die Innovationen in der Pharma-Industrie an: Viele Operationen sind durch Arzneimittel-Therapien überflüssig geworden - das ist ein Segen für die Patienten!“ Herr Raulf schaut nun ganz zufrieden, dann wirft er ein, dass man ja mal den Vergleich mit dem Sprit-Preis machen könne: Wäre der genauso bedächtig gestiegen wie der Medikamenten-Preis, würde der Liter Benzin heute ein paar Cent kosten.

Ganz unabhängig von der Benzinpreis-Entwicklung sind die Gewinn-Margen der internationalen Pharma-Konzerne gigantisch. Verantwortlich hierfür ist in erster Linie das Patent-Monopol: Patentgeschützte Megaseller wie BAYERs GLUCOBAY gleichen einer Lizenz zum Geld-drucken: Mindestens sechs Jahre lang

kann ein Hersteller seinen Preis beliebig festsetzen - bei nackten Produktionskosten von wenigen Cent. Obwohl sie ihre Hochpreis-Politik mit immensen Forschungskosten begründen, investieren die Konzerne ein Drittel ihres Umsatzes ins Marketing, welches so zum heimlichen Kerngeschäft avanciert ist - nur rund die Hälfte dieses Betrags geht in die medizinische Forschung. In der Folge nimmt sich der pharmazeutische Fortschritt bescheiden aus: Eine Studie der Harvard-Mediziner Arnold Relman und Marcia Angell belegt, dass nur fünfzehn Prozent der seit 1990 zugelassenen Medikamente Wirkstoffe enthalten, die nachweislich mehr nützen als ihre Vorgänger; von 3.000 neu zugelassenen Medikamenten stufte die unabhängige Arzneimittelkommission gerade einmal 755 als ratsam ein. Der Gesundheitsökonom Karl Lauterbach bezeichnet Deutschland gern auch als den „Pharma-Mülleimer Europas“. „In Deutschland“, sagt er, „werden Medikamente



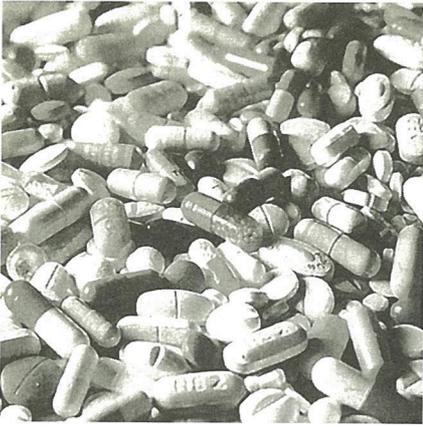
Immer in Diensten von BAYER & Co.: Die Pharma-LobbyistInnen Hubertus Schmoldt (IG BCE) und Cornelia Yzer

verschrieben und erstattet, die in anderen Ländern wegen ihrer Umstrittenheit längst nicht mehr auf dem Markt sind.“ Obwohl etwa der Patentschutz oder das Zulassungsverfahren für Medikamente nicht angetastet wurden, sieht man sich beim VFA als Verlierer der Gesundheitsreform. „Die Industrie muss schließlich drei Milliarden beisteuern“, sagt Cornelia Yzer, „wir Lobbyisten sind bei der Konsensfindung außen vor geblieben - sobald Sie eine parteiübergreifende Konsensrunde haben, ist der Lobby-Einfluss erledigt“. Beim VFA, sagt sie, habe man im Übrigen nichts gegen Positivisten, man habe nur etwas gegen Innovationshürden. Beim VFA scheint man diesen Begriff zu mögen - er liegt in seiner Werkzeugkiste gleich neben dem Spritpreis-Vergleich. Wenn Frau Yzer für ein kürzeres Zulassungsverfahren für Medikamente wirbt, sagt sie, dass ein neuer Computer ja auch nicht drei Monate auf seine Unbedenklichkeit überprüft werde; wenn sie gegen das „Institut für Qualitätssicherung“ argumen-

Er kenne drei Gruppen von Lobbyisten, sagt ein Beamter aus dem Gesundheitsministerium: die Konstruktiven, die Schaumschläger und die Betonköpfe. Frau Yzer, schickt er hinterher, würde er wohl in die letzte Kategorie einordnen

tiert, dann spricht sie von Staatsmedizin; und wenn einer das Wort Kostendämpfung erwähnt, malt sie das Bild vom Niedergang des Pharmastandorts Deutschland. Beobachtet man Cornelia Yzer bei Sabine Christiansen, gewinnt man den Eindruck, dass sie mit Worten ficht: Mit dem Eifer einer jungen Rekrutin trägt sie





ihre Standards vor, überraschende Hiebe landet sie nicht - vielleicht, weil sie eine Maske trägt und nur nach vorn blickt, nicht nach links und nicht nach rechts, vielleicht auch, weil sie mit dem Schwert kämpft und nicht mit dem Florett.

kenne drei Gruppen von Lobbyisten, sagt ein Beamter aus dem Gesundheitsministerium: die Konstruktiven, die Schaumschläger und die Betonköpfe. Frau Yzer, schickt er hinterher, würde er wohl in die letzte Kategorie einordnen - sie gilt, sagt er, als eine, die mit Tunnelblick Industrie-Phrasen nachbetet, sie gilt als Verbandschefin, die hart ist wie Beton. Einen guten Ruf genießt sie bei den Ministerialen nicht. Doch für die niederen Bürokratie-Ebenen sind ohnehin ihre Mitarbeiter zuständig: Cornelia Yzer ist beim VFA so etwas wie der Kanzler - sie verfügt über die Richtlinien-Kompetenz und dirigiert die einzelnen Ressorts; ihre politischen Ansprechpartner sind Staatssekretäre und Minister.

Wie muss man sich die Arbeit eines Pharma-Lobbyisten vorstellen? Wenn man Cornelia Yzer diese Frage stellt, beugt sie sich nach vorn. Sie wirkt jetzt sehr konzentriert, und ihre Antworten kommen wie gedruckt. „Wir erbringen Dienstleistungen in zwei Richtungen: Wir informieren unsere Mitgliedsunternehmen, inwiefern sich die politischen Rahmenbedingungen ändern. Und wir klären die Politik auf, inwiefern sich veränderte Rahmenbedingungen auf die Pharmaindustrie auswirken.“ Über welche handwerklichen Fähigkeiten müssen Ihre MitarbeiterInnen verfügen? „Über fachliches Wissen, Präzision sowie kommunikative und soziale Kompetenz. Ein Lobbyist muss adressatengerecht handeln - er muss die Lage des Beamten oder Politikers berücksichtigen, der den Interessen-Ausgleich herstellen muss. Und er sollte sich nur dann einmischen, wenn er wirklich etwas beizusteuern hat.“ Wie wichtig ist dabei die per-

sönliche Ebene? „Sehen Sie, ich muss ein Vertrauensverhältnis aufbauen: Das mache ich einerseits über solide fachliche Arbeit, andererseits über die Fähigkeit, komplizierte Zusammenhänge einleuchtend zu erklären. Erfolgreich sind wir dann, wenn wir von den Entscheidern selbst angefragt werden.“ Wann greifen Sie von sich aus ein? „Im Optimalfall setzt unsere Beratung im frühen Entscheidungsstadium an. Wenn die Beamten sich zunächst orientieren, sich Basiswissen aneignen müssen. In dieser Phase können wir konstruktiven Einfluss auf den Gesetzestext nehmen, auch juristische Hilfe bei Formulierungen anbieten. Wenn das Gesetz erst mal im Parlament ist, sind Änderungen nur noch schwer zu bewirken, wenn es dann im Vermittlungsausschuss hängt, entscheiden nicht mehr Fakten, sondern politische Opportunitäten.“ Und inwieweit nützen Ihnen Ihre politischen Erfahrungen? „Zunächst kenne ich natürlich die politischen Entscheidungskanäle. Und ich weiß, dass deutsche Abgeordnete personell miserabel ausgestattet sind: Ein Einzelner kann ohne fachliche Hilfestellung von außen kein

„Im Optimalfall setzt unsere Beratung im frühen Entscheidungsstadium an.

Wenn die Beamten sich zunächst orientieren, sich Basiswissen aneignen müssen. In dieser Phase können wir konstruktiven Einfluss auf den Gesetzestext nehmen, auch juristische Hilfe bei Formulierungen anbieten“

Gesetz einbringen - er hat meistens keinen Zugriff auf Expertisen eigener Mitarbeiter, und er muss abwägen, welchem Lobbyisten er Vertrauen schenkt. Zudem weiß ich, wann Lobbyisten lästig werden.“

Auch der Beamte im Gesundheitsministerium hat Erfahrung mit lästigen Pharma-Lobbyisten. „Immer dann, wenn etwas in Planung ist, geraten wir ins Kreuzfeuer“, sagt er, „die greifen sich die Leute an den Schaltstellen und bombardieren sie mit Anrufen, Mails und SMS.“ Das Ziel der Lobbyisten seien die Rohentwürfe von Gesetzestexten, die sie meist eher sichten als die Abgeordneten. Von immer perfiden Einflussstrategien berichtet der Parlamentarier Klaus Kirschner: Die Firma SCHWARZ-PHARMA, die durchblutungsfördernde Mittel vertreibt, schickte erst neulich den Mitgliedern des Gesundheits-

Impressum



STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
23. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
Internet: <http://www.dsk.de/rds/16985014.htm>
<http://www.CBGnetwork.de>
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. STICHWORT BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie STICHWORT BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho). CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Volker Rekkittke (vr), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag,

Vertrieb: CBG

Layout: Uwe Kölsch

Druck: Ordensgemeinschaft Beschäftigungshilfe
(0211/44 93 98 70)

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000
BLZ 430 609 67

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005
(1/1 S. sw 800,- €, zzgl. MWSt.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr
jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll STICHWORT BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrd Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg († 2003)



ausschusses Fotos von abgestorbenen Füßen und verstümmelten Beinen auf die Rechner, anbei die Frage: „Wollen wir einen Rückschritt ins Mittelalter?“ Der Lobbyismus, sagt Kirschner, werde immer aggressiver und professioneller. Das Problem sei, dass vielen Abgeordneten das Urteilsvermögen fehle. Und natürlich gebe es auch schwarze Schafe, die im Ruf stehen, beeinflussbar zu sein: „Bei kleinen Anfragen kann man oft genug raushören, auf welcher Lobbyisten-Veranstaltung der Abgeordnete gerade abgefüttert wurde.“ Die Wirkung der Lobbyisten, sagt der Ministerialbeamte, basiere vor allem auf persönlichen Beziehungen: Man geht zusammen joggen, man geht essen, man bringt sich auf den neuesten Stand. „Es ist ein Geben und Nehmen“, sagt er, „und man muss aufpassen, dass man nicht in Versuchung gerät.“ Essenseinladungen und kleinere Geschenke - CDs oder Bildbände, nichts über 25 Euro - seien üblich, bei gesponserten Wochenendtrips oder gut dotierten Vortragseinladungen aber werde es gefährlich. Das Geschäft mit dem Einfluss blüht in einer Grauzone: „Die Transparenz ist gleich null“, sagt der Beamte, „niemand kann nachvollziehen, von wem einer seine Informationen bezieht, niemand muss offen legen, wer ihm bei seinem Referat geholfen hat“.

Das Meisterstück, erinnert er sich, vollbrachte die Pharmedemokratie im November 2001, als Ministerin Schmidt einen vierprozentigen Preisablass für patentgeschützte Medikamente verfügte. Nachdem sie im Ministerium auf Granit bitten und der Bundestag das Gesetz schon beschlossen hatte, zogen die LobbyistInnen

die Notbremse: Bei einem eilig anberaumten Treffen im Kanzleramt einigten sich auf Vermittlung von IG BCE-Chef und BAYER-Aufsichtsrat Hubert Schmoldt hochrangige Pharma-VertreterInnen mit dem Kanzler auf eine Einmalzahlung von 300 Millionen Euro - die duierte Minister-

Das Meisterstück, erinnert er sich, vollbrachte die Pharmedemokratie im November 2001, als Ministerin Schmidt einen vierprozentigen Preis-Ablass für patentgeschützte Medikamente verfügte. Bei einem eilig anberaumten Treffen im Kanzleramt einigten sich hochrangige Pharma-VertreterInnen mit dem Kanzler auf eine Einmalzahlung von 200 Millionen Euro

rin musste dafür ihr Gesetz zurückziehen und zwei Jahre auf Preisregulierungen verzichten. Für die Firma PFIZER intervenierte damals gar der US-Botschafter beim Kanzler.

War dieser Deal sauberer Lobbyismus? Cornelia Yzer lacht laut und schüttelt sich. „Sie müssen es doch mal so betrachten“, sagt sie dann, „unsere Zahlung war eine freiwillige Selbstverpflichtung, so etwas ist etwa im Umweltbereich auch üblich. Die Regierung hat profitiert, die Kassen haben profitiert und wir auch - was ist daran unredlich?“ Cornelia Yzer war zwar mal Politikerin, doch ihr Weltbild ist das einer Juristin: Ihre Perspektive ist in sich logisch, geschlossen und unumstößlich. Aus Sicht eines Juristen kann es auch in Unrechtssystemen schlüssige Rechtssysteme

me geben - Moral ist eine irrelevante Größe. Die Vorstellung, Lobbyismus sei ein untransparentes Geschäft, stimme mit der Realität nicht überein, sagt Cornelia Yzer, „beim runden Tisch zur Gesundheitsreform hatten alle Beteiligten unsere Gesetzesvorschläge auf dem Tisch, im Internet kann jeder unsere Positionen nachlesen“. Die Mitarbeiter des VFA müssen nicht mit Geldkoffern hantieren, und sie müssen auch keine Hemden kaufen. Das machen Leute wie Hunzinger. Frau Yzer sagt: „Unsere wichtigsten Werkzeuge sind Information und Kommunikation.“ Das kann Klaus Kirschner bestätigen. „Den größten Einfluss“, sagt er, „hat das Vorfeld-Lobbying, die Norm- und Wertsetzung durch die Industrie, die ‚Kolonisierung der Köpfe‘ durch geschicktes Marketing.“ Die Pharma-Lobby organisiert parlamentarische Abende zu medizinischen Themen, sie sponsert Kongresse und Studien - und sie steuert den Großteil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung. All dies trage dazu bei, dass eine pharma-kritische Wahrnehmung kaum mehr möglich sei. Dass einige Pharma-Konzerne aber auch noch andere Werkzeuge im Repertoire haben, hat Ellis Huber, der ehemalige Präsident der Berliner Ärztekammer, erfahren: Als er Mitte der Neunziger eine eigene Positivliste publizierte, wurde er von vierzehn Herstellern verklagt und die Liste als „Eingriff in den freien Markt“ verboten. „Vor der finanziellen Potenz der Konzerne musste ich kapitulieren“, sagt Huber, der insgesamt 110.000 Euro Prozesskosten zu tragen hatte. Auch Professor Peter Schönhofer ist bereits rund dreißigmal von der Industrie verklagt worden, weil er als Mitherausgeber des unabhängigen *arznei-telegramms* auf die Schädlichkeit einzelner Wirkstoffe und Präparate hingewiesen hat.

Wenn man Cornelia Yzer abschließend fragt, ob sie sich noch dem Allgemeinwohl verpflichtet fühle, muss sie nicht lange überlegen: „Die Interessen des VFA decken sich mit dem Interesse der Allgemeinheit: Wir wollen ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem.“ Zynismus kann man Cornelia Yzer, Pharma-Lobbyistin und Christdemokratin, nicht vorwerfen. Sie agiert mit dem Selbstbewusstsein einer Soldatin - und mit der Gewissheit einer Gläubigen.

Anita Blasberg hat diesen Artikel zuerst in der taz veröffentlicht



Spuren hinterlassen.

Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

Fax 0211 - 26 11 220

Absender/in:

Vorname, Name

PLZ, Ort

Straße, Haus-Nr.

Telefon, Fax

Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf**

eMailCBGnetwork@aol.com

Wie die WM 2006 nach Deutschland kam

BAYER vs. Nelson Mandela

Eigentlich galt das gerade der Apartheidspolitik entkommene Südafrika als Favorit bei der Wahl des Gastgeber-Landes der WM 2006. Wer sollte es schon mit dem Sympathie-Träger Nelson Mandela aufnehmen können? Aber als es dann galt, um die Stimmen der Länder-VertreterInnen zu werben, setzte sich gegen solche weichen Werte doch die harte Wirtschaftsmacht von BAYER & Co. durch.

Von Siggie Emmerich



Ursprüngliches WM-Quartier in Bergisch-Gladbach

Ursprünglich sollte die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Südafrika stattfinden. Das war im Weltfußball mehr oder weniger beschlossene Sache. Offiziell ließ sich das wunderbar als Anerkennung des afrikanischen Fußballs verkaufen, und trotzdem hätte die Vermarktung angesichts der kapitalistischen Infrastrukturen Südafrikas kaum gelitten.

Doch bekanntermaßen wurde daraus nichts. Ein strahlender Franz Beckenbauer an der Spitze des deutschen Bewerbungs-

komitees konnte nach der Abstimmung in seiner bekannten Art in die Mikrofone stammeln, wie überwältigt und überrascht vom 12:11-Abstimmungssieg Deutschlands über Südafrika er sei. Der Öffentlichkeit wurde darüber hinaus verkauft, dass die Stimm-Enthaltung des damals 79-jährigen Charles Dempsey aus Neuseeland den Ausschlag gegeben habe. Dempsey war vom neuseeländischen Verband eigentlich mit der Stimmabgabe für Südafrika beauftragt worden.

Er hat nach eigenen Aussagen noch nie soviel telefoniert wie in der Nacht vor der Abstimmung, der prominenteste Anrufer sei Nelson Mandela gewesen. Doch Dempsey hat nie preisgegeben, was er mit wem besprochen hat. Nach der Abstimmung setzte eine gewaltige Presse-Kampagne gegen Dempsey ein. In Südafrika wurde ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt, Tony Blair persönlich begründete, warum die englische Regierung einen Asylantrag Dempseys abgelehnt

hatte. Und als der alte Mann schließlich doch nach Neuseeland reiste, wurde er noch auf dem Flughafen tatsächlich vorübergehend verhaftet.

Doch Charles Dempseys Abstimmungsverhalten war nur eine Petitesse in einem anderen Spiel, das sich hinter der weltweiten Aufgeregtheit um den Neuseeländer trefflich verbergen ließ. Um die eigentlich feststehende Entscheidung für Südafrika zu kippen, war mehr nötig als der (angebliche) Charme von Franz B. oder die Mucken eines Greises. Dahinter steckte das, was die Werbeoffensive von Bundesregierung und des BDI zur WM 2006 ursprünglich als 1.FC Deutschland präsentieren wollte - die großen Konzerne nämlich.

Besonders BAYER und DAIMLER-CHRYSLER wurden unmittelbar vor der WM-Standortbestimmung aktiv. Der Leverkusener Chemie-Multi hoffte, mit der BayArena als Spielort zugleich auch den Firmen-Namen per TV-Übertragungen um die ganze Welt tragen zu können. So wurden im Verbund mit der Bundesregierung milliardenschwere Geschäfte dort angekurbelt, wo Stimmen bzw. Unterstützung für die deutschen Bewerber zu holen waren - in Katar, Saudi-Arabien, Südkorea

und Thailand. Diese vier Länder wurden im Hauruck-Verfahren auf Deutschland als WM-Ausrichter eingeschworen.

Wie? Zum Beispiel so. Ende Juni 2000 hatte die BAYER AG den südkoreanischen Kunststoff-Hersteller SEWON ENTERPRISES erworben, der 40 Prozent des heimischen Markt-Segments hielt. Zudem kündigte

Besonders BAYER und DAIMLER-CHRYSLER wurden unmittelbar vor der WM-Standortbestimmung aktiv

der Konzern die Eröffnung einer Firma zur Herstellung von Pestiziden an. Zugleich wurden Thailand Großinvestitionen in Aussicht gestellt: Im Werk Map Ta Phut, hieß es Anfang Juli, solle die Polycarbonat-Produktion verdreifacht werden. Die BAYER AG, die in ihren weltweiten Filialen gern Fifa-Offizielle bewirbt, gab eine Woche vor der Wahl zudem bekannt, einen Großstandort in China aufzubauen.

Zeitgleich wurde DAIMLERCHRYSLER aktiv: Der Konzern schloss seine Allianz mit dem südkoreanischen Autobauer HYUNDAI, und von Thailands Fifa-Vertreter Worawi Makudi wurde bekannt, dass dessen Frau mit MERCEDES-Autos han-

delte. Daneben entfaltete die Politik Aktivitäten. Am 28. Juni 2000 stimmte der Bundessicherheitsrat unter Kanzler Schröder der Lieferung von 1.200 Panzerfäusten an Saudi-Arabien zu. Auch BASF kündigte für Thailand eine 800 Millionen-Mark-Investition an. Was war dagegen ein Anruf von Nelson Mandela?

Natürlich bleibt es Spekulation, wenn nun vermutet werden kann, dass die Entscheidung für Deutschland als WM-Ausrichter 2006 gekauft wurde, aber es braucht schon die Lebenserfahrung eines Mönches mit Schweigegeübde, um zu glauben, dass alle 12 Stimmen für die Deutschland AG aus freien Stücken und unbeeinflusst abgegeben wurden. Trotzdem hat sich das Engagement für den Leverkusener Chemie-Multi nicht gelohnt. „Sein“ Bundestrainer Rudi Völler entpuppte sich bei der EM nämlich als Nieter in den drei ADIDAS-Streifen und verlor den Job. Sein Nachfolger Jürgen Klinsmann erkannte sogleich, wie ungeeignet die BayArena als Trainingsstätte der Nationalmannschaft ist und wählte einen anderen Ort. Nicht einmal mit dem Verweis darauf, welche „Verdienste“ BAYER doch im Verlauf der WM-Bewerbung erworben hatte, ließ der neue Mann sich umstimmen.

ARBEITERFOTOGRAFIE

Forum für Engagierte Fotografie 26. Jahrgang Heft 90/91 In Form

Ausgabe 90/91 neu erschienen

Reise in den Irak + Drehbuch 9/11 + Interview mit Gerhard Wisniewski + Reportage + Kein Mensch ist illegal + Nato-Gipfel + Treffen der Weltkriegselite + Demonstrationen gegen den Krieg + 'Antikriegsfotograf' James Nachtwey + Propagandaschlacht + Buchbesprechungen +

mehr infos:
arbeiterfotografie.com/zeitschrift

jetzt bestellen und abonnieren
Galerie Arbeiterfotografie
Merheimer Str. 107, 50733 Köln
arbeiterfotografie@t-online.de

ja!

Ich bestelle ____ Exemplar(e) der Ausgabe _____

Die Bezahlung erfolgt gegen Rechnung (Einzelausgabe 7 Euro, Doppelausgabe 14 Euro, zzgl. Versand: 1,50 Euro pro Exemplar, Ausland: 3,50 Euro pro Exemplar).

Ich abonniere die Zeitschrift ab der aktuellen Ausgabe

Ich abonniere die Zeitschrift ab Ausgabe _____

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn es nicht mindestens 3 Monate vor Jahresende gekündigt wird. Ich verpflichte mich evtl. Adressänderungen umgehend mitzuteilen.

Pro Jahr erscheinen maximal zwei Ausgaben. Die Bezahlung erfolgt pro Ausgabe gegen Rechnung (Einzelausgabe 6,50 Euro, Doppelausgabe 13 Euro, incl. Inland-Versand, Ausland: zzgl. 2 Euro pro Exemplar).

Vorname _____ Nachname _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

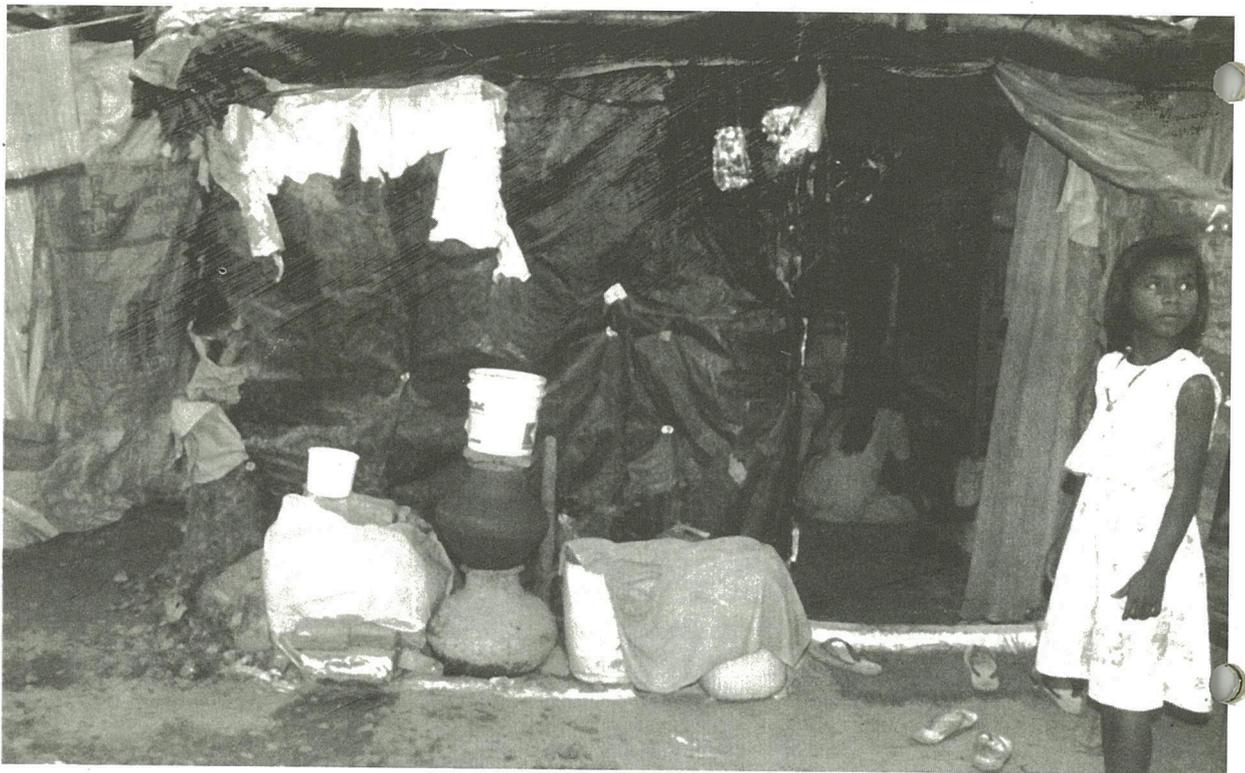
Datum _____ Unterschrift _____

Konto: Arbeiterfotografie e.V., Konto-Nr. 101 656-203, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20

Das Verbandskonto ist gleichzeitig Spendenkonto. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Bittere Pillen-Exporte

Profit mit Pharmamüll in der „3. Welt“



Elende Wohnverhältnisse und schmutziges Wasser machen Kinder krank.

28 % aller Medikamente von BAYER sind nach Meinung von ExpertInnen „irrational“, also nicht notwendig oder sogar gefährlich. Mit diesem traurigen Ergebnis steht der Leverkusener Konzern auf Platz sieben eines Negativ-Rankings der „BUKO Pharmakampagne“ nach BYK GULDEN, BOEHRINGER Ingelheim, MERCK u.a. Der aktuellen Schrift „Sprudelnde Geschäfte“ hat Stichwort BAYER nachfolgenden Beitrag entnommen - eine geradezu vernichtende Bilanz für einen Multi, der sich „Kompetenz und Verantwortung“ auf die Fahnen schreibt.*

Bei PatientInnen in Japan, aber auch in Westeuropa, hatte die Einnahme von OLETRON(r) zu einer schweren Nervenkrankheit mit Lähmungen und Augenschäden oder gar zum Tod geführt. Allein in Japan waren 6.000 Menschen entschädigt worden. In einer Rundfunksendung nahm die BAYER AG im Sommer 1983 Stellung zur Kritik: „Unbeachtet dieser Situation hat die BAYER AG das Mittel OLETRON(r), das sich zuletzt nur noch in Indonesien im Handel befand, im März 1983 aus dem Sortiment genommen, nachdem die Produktion bereits 1982 eingestellt worden war.“ Die *Pharma-Kampagne* konterte am 3. Mai 1984 auf WDR 2, dass das Präparat immer noch in indonesischen Apotheken angeboten werde. Die Firma antwortet wenige Tage später lapidar: In den Apotheken befindet sich noch bis dahin (Frühjahr 1983) verkaufte Ware, „da eine Rückruf-Aktion nicht erforderlich war.“ Für indonesische VerbraucherInnen ist es wenig tröstlich, dass BAYER das Präparat nicht mehr im Sortiment führt, wenn das potentiell gefährliche Mittel immer noch die Regale der Apotheken füllt, so die Antwort der *Pharma-Kampagne*. Die Nachfrage, welche Mengen an OLE-

TRON(r) sich noch im Handel befände, ließ BAYER zunächst unbeantwortet. Auf erneute Nachfrage heißt es ein Jahr später in einem Firmenschreiben: „Eine Erfassung noch vorhandener Restbestände in den ca. 2.300 Apotheken und 5.300 Drug stores erschien uns schon damals aus sachlichen und organisatorischen Gründen nicht erforderlich. Das gilt heute natürlich umso mehr, da erfahrungsgemäß nach 2 Jahren keine nennenswerten Bestände mehr im Handel sind.“ Man hatte das Problem einfach ausgesessen.

BAYER-Strategie: Selbstverpflichtung adelt

1984 erschien im indonesischen „Index of Medical Specialities“ eine Anzeige mit dem Text: „BINOTAL(r). The antibiotic effective against all Gram-positive and Gram-negative bacteria of practical importance. BAYER.“ BAYER bewarb das Antibiotikum damit gegen ein sehr großes Spektrum bakterieller Infektionen. Die „International Organization of Consumers Unions (IOCU)“ und die „Medical Lobby for Appropriate Marketing Inc. Australia“ (MLAM) beanstandeten die irreführende Anzeige. BAYER Indonesien stoppte dar-

aufhin alle Anzeigen für das Produkt BINOTAL(r). Auch die Zentrale in Leverkusen räumte zwar ein, dass die Anzeige gegen den internationalen Selbstverpflichtungs-Codex der Industrie (IFPMA) verstoße. Dennoch wies das Unternehmen jede Verantwortung von sich und rühmte absurderweise zugleich seine firmeninternen Marketing-Richtlinien. BAYER sei ein Unternehmen mit 175.000 Angestellten und strengen Unternehmensregeln. Und wenn einzelne Personen gegen diese Regeln verstießen, könne das nicht in die Verantwortung des Mutterunternehmens fallen. „Es ist definitiv unrealistisch, immer die leitende Geschäftsstelle zu beschuldigen. Sie würden auch nicht die Regierung oder eine lokale Polizeiwache für falsche Verkehrsregulierung kritisieren, nur weil ab und zu ein (betrunkenen) Fahrer über eine rote Ampel fährt.“ Wie wenig wirkungsvoll die selbstgeschneiderten Marketing-Richtlinien der Firma tatsächlich waren, zeigen zahlreiche Beispiele irreführender Werbung, u.a. für das BAYER-Reserveantibiotikum CIPROBAY(r). Im März 1987 kritisierte ein Mitarbeiter der *Pharma-Kampagne* eine irreführende Anzeige für CIPROBAY(r) auf den Philippin-



Geldanlage mit Erfolg und Wirkung

Im Interesse zukünftiger
 Generationen.



UMWELT FONDS

LEBEN STATT PROFIT

Schweidnitzer Straße 41 Fon 0211- 26 11 210
 Postfach 15 04 18 Fax 0211- 26 11 220
 40081 Düsseldorf

**Ja,
 ich will
 Geld zielorientiert
 anlegen:**

Name _____

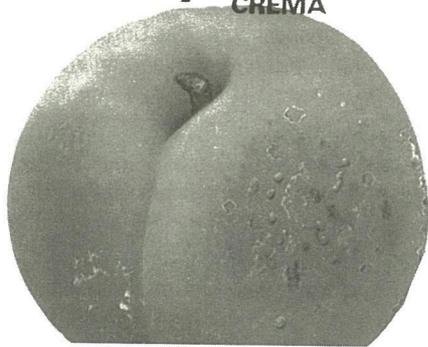
Straße _____

PLZ, Ort _____

Fon, Fax _____

E-Mail _____ Alter _____

Eczemas/Dermatitis
Muchos problemas
una solución:
Baycutén
 CREMA



Viele Probleme, eine Lösung: Baycutén(r)", so warb BAYER 1979 in Ecuador. Das zweifelhafte Medikament gehört bis heute in vielen Ländern der Dritten Welt zum Firmensortiment.

nen, wo das Reserveantibiotikum (wie in vielen anderen Ländern) „gegen alle bakteriellen Infektionen“ beworben wurde. Man teilte daraufhin mit, es sei umgehend eine Korrektur des Werbetextes veranlasst worden. Firmen wie BAYER fördern - damals wie heute - durch ihre massive Antibiotika-Werbung nicht nur den

falschen Einsatz dieser Mittel bei banalen Infektionen und leisten damit unnötig Resistenzen Vorschub. Antibiotika, die zur Behandlung schwerwiegender Infekte dringend gebraucht werden, verlieren dadurch ihre Wirksamkeit und werden unbrauchbar. Zugleich verteuern sich die Behandlungskosten durch ungerechtfertigten Antibiotika-Einsatz dramatisch. Eine Tagesbehandlung mit einem neueren Antibiotikum wie CIPROBAY(r) kostete Mitte der 80er in Pakistan z.B. zehn mal mehr als eine Behandlung mit Penicillin.⁷³

Bis heute hat BAYER in Sachen Antibiotika-Werbung nicht hinzulernt. 2004 bewarb das Unternehmen sein Präparat AVELOX(r) bei afrikanischen ÄrztInnen mit dem höchst zweifelhaften Slogan: „Vergeuden Sie keine Zeit, wenn Sie Infekte der Atemwege behandeln. AVELOX(r) vernichtet die Erreger von Atemwegsinfekten ohne Zeitverlust. AVELOX(r) wirkt schnell, wenn jeder Tag zählt.“ Der Wirkstoff Moxifloxacin gilt als Reserveantibiotikum und nicht als Erstwahlmittel bei Atemwegsinfektionen. Hier sind Standardantibiotika ebenso wirksam. BAYER treibt mit solch verantwortungslosen

Werbepraktiken nicht nur die Behandlungskosten in die Höhe. Die Firma trägt auch maßgeblich dazu bei, dass Gyrasehemmer (wie Moxifloxacin) ohne Not massiv verordnet und als Reservemittel unbrauchbar werden.

Unbezahlbar für die Armen

Seit 1983 kritisierte die *Pharma-Kampagne* auch Arzneimittelpatente und hohe Preise, die schon damals den Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln behinderten. So war der hochpreisige patentgeschützte BAYER-Wirkstoff Praziquantel gegen die Tropenkrankheit Bilharziose für Arme unbezahlbar. Die Pharmaindustrie reagierte auf diese Vorwürfe mit Broschüren, Faltblättern, Presseerklärungen und einer Anzeigenkampagne zum Thema Tropenmedikamente mit dem Slogan: „Pharma-Forschung ist teuer - aber ein Menschenleben ist unbezahlbar“. Die *Pharma-Kampagne* konterte mit der Kampagne: „Ein Menschenleben ist teuer - Medikamente sind oft unbezahlbar.“ Die Aktion der *Pharma-Kampagne* (und Proteste der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, d. Red.) führte immerhin zu einer Halbierung des Preises von Prazi-

CBG bei der Arbeit

Protest beim LANXESS-Börsengang



BAYER entschied sich Ende 2003, die Chemie- und Teile der Kunststoff-Sparte abzuspalten und unter dem Firmen-Namen LANXESS am 31. Januar 2005 an die Börse zu bringen. Den Weg in die Selbstständigkeit pflastert das Unternehmen mit Rationalisierungsmaßnahmen, Lohn-Kürzungen und Arbeitsplatzvernichtung. Deshalb war die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zum Börsengang in Frankfurt vor Ort und führte gemeinsam mit den ORDENSLEUTEN FÜR DEN FRIEDEN eine Protest-Aktion durch. Eine Kundgebung direkt vor dem Eingang duldet die Polizei nicht. Sie wies den Konzern-KritikerInnen eine abgelegene Stelle am Rande des Vorplatzes zu. Allerdings hatten die OrdnungshüterInnen nicht bedacht, dass sich dort auch die Bulle-und-Bär-Plastik befand, das Börsen-Symbol. Davor wollte sich LANXESS-Chef Axel Heitmann eigentlich telegen ablichten lassen, aber die CBG machte dem Vorstandsvorsitzenden nicht Platz und vermasselte ihm so seinen Medien-Auftritt.



BAYER's Tonic(r) oder Gemüse? Der Tonic hat einen stolzen Preis: Statt Alkohol mit Leber zu schlucken, könnten indische Eltern für den Wert einer Flasche BAYER's Tonic(r) viele gesunde Lebensmittel kaufen.

quantel für die Dritte Welt. 1990 veröffentlichte die Pharma-Kampagne ihre erste umfassende Arzneimittelstudie „Das bundesdeutsche Arzneimittelangebot in der Dritten Welt“. BAYER wurde aufgefordert, zu seiner Produktpalette

Stellung zu beziehen. „Wir halten die negative Bewertung unserer Produkte für nicht gerechtfertigt.“, lautete die lapidare Antwort in einem sechszeiligen Antwortschreiben.

Kein Zeichen für Güte

Im September 1995 kritisierte die Pharma-Kampagne in einem Brief an die Firma vor allem BAYER's TONIC(r). Der unwirksame Stärkungssaft enthält Leberextrakt, Hefe und viel Alkohol. Das Mittel wurde in Indien als Kinderarznei gegen Appetitverlust und allgemeine Schwäche vermarktet. Das Tonikum sollte Kindern dreimal täglich verabreicht werden - die Alkoholmenge entsprach dabei in etwa anderthalb Schnapsgläsern Wein (30 ml). Bei unterernährten Kindern kann diese Alkoholmenge - über längere Zeit konsumiert - leicht eine tödliche Leberzirrhose hervorrufen. „Multivitaminpräparate oder Tonika zur Prophylaxe von Mangelerscheinungen anzupreisen, ist vor dem Hintergrund chronischer Mangelernährung zynisch und spricht nicht für das Verantwortungsbewusstsein der betroffenen Firmen“, so die BUKO Pharma-Kampagne. Das einzige, was der Firma dazu einfiel: „Im übrigen werden wir ab der nächsten

Produktionsserie auf dem Etikett den Hinweis „Keep out of reach of children“ anbringen.“ Ein selbstverständlicher Hinweis, dass Arzneimittel nicht in Kinderhände gehören. In einem Fax an den Journalisten Uwe Pollmann vom 7.9.1995 schrieb die Firma zu ihrem BAYER's TONIC(r): „Zur Zeit wird daran gearbeitet, den Alkoholgehalt auf null Prozent zu reduzieren. Der Antrag auf Zulassung für diese neue Formulierung läuft [...]“ Diese Bemühungen - die ein unwirksames Produkt freilich nicht wirksamer gemacht hätten - haben bis heute eine Reduktion um schlappe 0,5 % auf jetzt zehn Prozent erreicht. Immerhin ist auf dem Label der Flasche inzwischen der Hinweis „nicht für den pädiatrischen Gebrauch“ aufgedruckt, soll heißen, das Medikament ist nicht für die Anwendung bei Kindern geeignet. Dass Eltern aus dieser Formulierung schlau werden, darf man bezweifeln. Und auch Erwachsene könnten für das Geld, das eine Flasche BAYER's TONIC(r) kostet, eine Menge Gesünderes verzehren.

Wenig Einsicht auch bei ASPIRINA INFANTIL(r). Die Einnahme kann bei Kindern das zumeist tödliche Reye-Syndrom auslösen. BAYER kontert, dies sei „nicht



DAS FEMINISTISCHE BLATT

Forum für außerparlamentarische Frauenpositionen



ist 24 Jahre jung, hat 300 Jahre Berufserfahrung in 20 Berufen, sechs Kinder, z.T. erwachsen, spricht fünf Sprachen, ist einsatzfreudig und hoch motiviert, gut aussehend, wortgewandt, unabhängig und konsequent.

Peggy Parnass:

„Ich lese WIR FRAUEN, weil es amüsant, informativ und ungewöhnlich ist.“



Jutta Heinrich: »Dieses kleine Heft ist ein zäher und beharrlicher Nager an den Festungen der Gegenwart. Und mit wenig Ideologie, vielmehr mit einem unbeirrbareren Gerechtigkeitsempfinden, hält WIR FRAUEN das Staunen offen, dass die Welt so ist, wie sie ist und sich überwiegend da verändert hat, wo das den Nutzern nutzt. Ich lese das obstinate HEFT, damit ich für ES schreiben kann.«

Die aktuellen Schwerpunktthemen:

- **Alter: Von der Greisin zu 50+** (Dez. '04)
- **60 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus** (März '05)
- **Konsum** (Juni '05)
- **Arbeit** (September '05)

WIR FRAUEN e.V.

Verein zur Förderung von Frauenpublizistik
Rochusstr. 43 · 40479 Düsseldorf
wirfrauen@reviera.de

Bitte mit vollständigem Absender und Tel.-Nr. versenden:

- Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausg. jährl., für 15 €*
- Ich möchte das Förderabo, 4 Ausg. jährl., für 26 €*
- Ich möchte die Zeitschrift kennenlernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 3 € in Briefmarken (liegen bei)

Datum und Unterschrift

Die Ausgaben erscheinen jeweils Anfang März, Juni, September und Dezember des laufenden Jahres.
* = Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird. Preis incl. Porto.

erwiesen". Am 15. Mai 1996 appellierte die Pharma-Kampagne zum wiederholten Mal an BAYER, den Produktnamen von ASPIRINA INFANTIL(r) zu ändern und das Mittel nicht länger für Kinder zu bewerben: „Schon seit 1989 ist das entsprechende Präparat mit dem Handelsnamen ASPIRIN(r) JUNIOR in Deutschland nicht mehr auf dem Markt. Es wurde in ASPIRIN(r) 100 umbenannt.“ Mit welcher Begründung, so fragt die Kampagne, „unterlassen Sie auch heute noch in diesen Ländern eine sorgsame, risikovermindernde Vermarktung, die verhindern könnte, dass Kinder mit leichten Erkrankungen lebensbedrohlichen Risiken ausgesetzt werden?“ Eine Antwort auf diese immer noch höchst aktuelle Frage blieb bis heute aus.

Aids-Behandlung verhindert

Im Frühjahr 2001 wurde vor dem obersten Gerichtshof in Pretoria/Südafrika ein Rechtsstreit zwischen der Regierung und etlichen internationalen Pharmakonzernen verhandelt. Klägerin war u. a. die nordrhein-westfälische Firma BAYER. Die Pharmaunternehmen warfen der Regierung vor, mit einem Gesetzesvorhaben, das Aids-Medikamente für die Bevölke-

Promis gegen Profite



Es lassen sich herrliche Profite machen mit der millionenstarken Reservearmee der Arbeitslosen. Die Deutsche Bank treibt es auf die Spitze: Arbeitsplätze um 6.000 runter, Umsatzrendite von 15 auf 20 Prozent rauf. Fast muss man ihr dankbar sein für dieses unbeabsichtigte Lehrstück über die systematische Grenzenlosigkeit der Profitgier. Die Hälfte der 30 Dax-Unternehmen hat die Gewinne gesteigert und die Belegschaft reduziert. Der Allianz-Konzern hat 2004 den Gewinn auf über 1,8 Milliarden Euro verdreifacht, während er 15.619 Beschäftigte ausgemustert hat. Allein von der Gewinnsteigerung hätte der Konzern jedem der „freigesetzten“ Beschäftigten einen Jahreslohn von 90.000 Euro zahlen können.

Martin Kempe, Chefredakteur von ver.di PUBLIK

rung erschwinglich machen sollte, gegen Patentrechte zu verstoßen. Die Pharma-Kampagne forderte BAYER auf, „sich offiziell aus der Klage in Südafrika zurück zu ziehen.“ Darauf BAYER: „International ist unbestritten, dass ein adäquater Patentschutz notwendig ist, um die Arzneimittelforschung und -entwicklung zu finanzieren. Nur so können die Unternehmen auch in Zukunft Ärzte und Patienten mit innovativen Arzneimitteln versorgen.“ Letztlich zogen die Firmen die Klage nach internationalen Protesten zurück. Aber der Rechtsstreit hatte die Versorgung mit preiswerten Aids-Medikamenten um drei Jahre verzögert. Wie wenig innovativ die Produkte mitunter sind, die deutsche Pharmaunternehmen der Welt beschern, haben wir auf den vorangegangenen Seiten ausführlich beschrieben. BAYER täte - wie etliche andere deutsche Firmen - g-daran, sich als wirklich innovatives Unternehmen zu profilieren und seine ollen Kamellen endlich aus dem Sortiment zu nehmen!

* BUKO Pharmakampagne: Sprudelnde Geschäfte, Deutsche Medikamente in der 3. Welt, Broschüre, 20 reich illustrierte Seiten, 5 Euro, Bezug: www.j5A.de, www.bukopharma.de

Mit BAYER-Aktien gegen Konzernwillkür

Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir Vorstand, Aufsichtsrat und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne: Umweltzerstörung, Verletzung von Menschenrechten, sozialer Kahlschlag, Ausbeutung, politischer Machtmißbrauch.

Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie Ihre Stimmrechte uns. Treten Sie mit uns ein für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Menschenrechte.

Informationen abfordern, jetzt!
CBGnetwork@aol.com



Spenden.

STICHWORT BAYER abonnieren.

Mitglied werden.

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf
Fon 0211-33 39 11 Fax 0211-33 39 40

www.CBGnetwork.org

Wegen unseres konsequenten Widerstands gegen KonzernMacht wird uns jede Förderung verweigert. Wir setzen gegen die Macht des Konzerns die Solidarität der Menschen. GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30 Euro im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).
Mein Beitrag soll betragen Euro im Jahr
 (mind. 5 Euro monatl.)
 Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich
- Ja, ich spende Euro
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____ PLZ, Ort _____

Fort/Fax _____ Konto-Nr. _____

Bankleitzahl _____ Geldinstitut _____

Datum/Unterschrift _____ Beruf _____ Geburtsjahr _____

eMail _____

Für Abo, Beitrag und/oder Spende nebenstehende Lastschrift ausfüllen.

Au weia, BAYER!



BAYER fordert Optimismus

Der Leverkusener Chemie-Multi vernichtet Jahr um Jahr Arbeitsplätze, stößt immer mehr Betriebsteile ab und lässt die Kommunen der Standorte durch reduzierte oder ganz ausbleibende Gewerbesteuern ausbluten. Zu allem Überfluss forderte der BAYER-Chef Werner Wenning die Menschen jetzt auch noch auf, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. „Wir alle - auch die Politik - müssen dafür eintreten, dass unsere Gesellschaft nicht in erster Linie von Ängsten und Sorgen bestimmt ist, sondern dass Zukunftsoptimismus unser Denken prägt“, sprach der große Vorsitzende.

~~Wilfrid Polke Robert Butzelar Klaus Staeck Claudia Rogge Peter Royen~~

Die in der Kunst gegen Konzerne herausgegebenen Arbeiten werden von den KünstlerInnen gratis zur Verfügung gestellt. Mit dem Erwerb der Objekte wird die Arbeit konzernkritischer Gruppen gefördert. Die Galeriepreise der Werke liegen in aller Regel weit über den Vorzugsabgabepreisen der „Edition Kunst gegen Konzerne“. Deshalb, und wegen der strengen Limitierung und der oftmals vorliegenden Original-Signatur, haben die Kunstwerke ein hohes Wertsteigerungspotential. Wegen Limitierung keine Liefergarantie. Die Auslieferungen erfolgen stets nach Datum des Bestelleingangs.

Prof. Wilfrid Polke

ist ein Künstler, der sich politisch einsetzt und zu gesellschaftlichen Konflikten nicht schweigt. Die Tuschezeichnung „Tanz um das Goldene Kalb“ ist ein Mahnmal gegen das Diktat des großen Geldes und eine Aufforderung zu Toleranz und Solidarität.



Sammler-Uhr

„Tanz um das Goldene Kalb“

Durchmesser ca. 32 mm, Metallgehäuse, Lederarmband, rückseitig mit Signatur-Gravur, in hochwertiger Aludose verpackt, Aufl. 300 Stück,

nur 68 €.



Zeichnung

„Tanz um das Goldene Kalb“

Mikro-Piezo-Technik nach Tusche, ca. 60 x 40 cm, Auflage 100 Stück, handsigniert, nummeriert

nur 148 €.

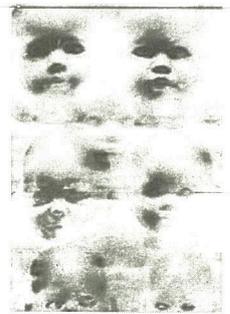
Claudia Rogge

ist in der Kunstszene ein Begriff und erzielt hohe Marktpreise. Die vorliegende Foto-Arbeit wendet sich gegen Gen- und Reproduktionstechnologie.

PRAE M.O.B.

Fotoarbeit-Digitalabzug, ca. 50 x 70 cm, limitiert, handsigniert,

nur 95 €.



EDITION
**KUNST GEGEN
KONZERNE**
FÜR EINE SOLIDARISCHE UND GERECHTE WELT

Ich/wir bestelle/n

Coupon zurück an: Edition Kunst gegen Konzerne, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf

- Expl. Rogge-Fotoarbeit „PRAE M.O.B.“
zum Stückpreis von 95 €
- Expl. Polke-Uhr „Tanz um das Goldene Kalb“
zum Stückpreis von 68 €
- Expl. Polke-Grafik „Tanz um das Goldene Kalb“
zum Stückpreis von 148 €

Alle Artikel zuzüglich 5 € Versandkosten.

Name/Vorname Alter

Adresse

Bitte ziehen Sie den Rechnungsbetrag ein von: Bank BLZ

Kto.-Nr. Unterschrift